



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

DER BLICK AUF RUSSLAND – FÜNF JAHRE RUSSLANDANALYSEN

■ VON DER REDAKTION	
Fünf Jahre Russland-Analysen	2
■ ANALYSE	
Tandemokratie im heutigen Russland: Zustand und Perspektiven Andrej Rjabov, Moskau	2
■ ANALYSE	
Das politische System Russlands steht bei der Auseinandersetzung mit der Wirtschaftskrise enormen Herausforderungen gegenüber Robert Ortung, Washington	8
■ ANALYSE	
»Problembar Russland«... oder: Der Umgang mit Russland nach Kaukasus-Krieg und Finanzkrise Jens Siegert, Moskau	12
■ RATINGS	
Vertrauen zu Regierung und Politik in Russland	17
■ UMFRAGE	
Systemorientierung der russischen Bevölkerung	21
■ UMFRAGE	
Die Russen und das liebe Geld	24
■ CHRONIK	
Vom 15. bis zum 30. Oktober 2008	28



Von der Redaktion

Fünf Jahre Russland-Analysen

Vor gut fünf Jahren – am 17. Oktober 2003 – erschien die erste Ausgabe der Russland-Analysen. Die Herausgeber wollten damit die Informationslücke, die nach der Auflösung des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln entstanden war, wenigstens behelfsmäßig schließen. Mit Hilfe der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO) haben wir uns in den letzten Jahren bemüht, regelmäßig über politische, wirtschaftliche und soziale Prozesse in Russland zu berichten. Das wurde durch die großzügige Unterstützung der Otto Wolff-Stiftung ermöglicht.

Inzwischen sind ähnliche Informationsdienste für die Ukraine, für Polen und für Zentralasien entstanden. In den nächsten Wochen wird erstmalig der »Caucasus Analytical Digest« erscheinen und damit das englische Pendant der Russland-Analysen, den »Russian Analytical Digest« ergänzen.

Das Interesse an den Länderanalysen ist hoch und zeigt auch den gewachsenen Informationsbedarf von Politik und Öffentlichkeit. Gegenwärtig gibt es aber in Deutschland keine Institution mehr, die die sozialen, politischen und ökonomischen Prozesse in Russland und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten mit ausreichender Intensität untersucht. Es fehlen Regionalforschungszentren, die politiknah arbeiten, zugleich wissenschaftlich forschen und Nachwuchs ausbilden. Wir hoffen sehr, dass es gelingt, dieses Defizit in der nächsten Zukunft zu beseitigen.

Mit dieser Nummer möchten wir aber all denjenigen danken, die die Russland-Analysen in den letzten fünf Jahren möglich gemacht haben: vor allem der Otto Wolff-Stiftung, der DGO und Heike Dörrenbächer, ihrer langjährigen Geschäftsführerin. Ohne die zahlreichen in- und ausländischen Kollegen, die uns ihren Rat zur Verfügung gestellt und die für uns geschrieben haben, wäre es nicht möglich gewesen, die Russland-Analysen über fünf Jahre am Leben zu halten.

Drei Autoren – einen Amerikaner, einen Russen, einen Deutschen – haben wir gebeten, für diese Ausgabe ihre Sicht der politischen Situation in Russland darzulegen. Wir hoffen, dass Sie diese Analysen, die aus verschiedenen Blickwinkeln geschrieben sind, interessant finden.

Die Redaktion der Russland-Analysen

Analyse

Tandemokratie im heutigen Russland: Zustand und Perspektiven

Andrej Rjabov, Moskau

Das Kern des Problems

Es ist bereits fast ein halbes Jahr vergangen, seitdem in Russland eine neue Machtkonfiguration besteht, bei der es faktisch zwei gleichberechtigte Entscheidungszentren gibt – den Präsidenten Dmitrij Medwedjew und den Premier Wladimir Putin gibt. Dieses System wird in der Literatur unterschiedlich genannt: »Diarchie«, »Dualismus«, »Duumvirat«, »Duozen-trismus«. In letzter Zeit wird der Begriff »Tandemokratie« immer häufiger benutzt. Dafür gibt es zwei Gründe.

Zum einen ergab es sich so, dass die Verwendung der Begriffe »Diarchie«, »Dualismus« und »Duozen-trismus« *a priori* eine, wenn auch begrenzte, Konkurrenz zwischen den Machtspitzen unterstellt. Der

Begriff »Duumvirat«, der der antiken Geschichte entlehnt wurde, wird als etwas verstanden, was durch Konkurrenzverhältnisse entstanden ist und deshalb instabil ist. In diesem Sinne bedeutet der Terminus »Tandemokratie« deren Gegenteil, weil er die Zusammenarbeit von zwei Machtzentren betont. Aus der heutigen Sicht entspricht dieser Begriff eher der Realität, weil das neue System der Entscheidungsfindung zumindest auf der Ebene der öffentlichen Politik ein größeres Bestreben nach Zusammenarbeit der beiden Machtzentren demonstriert. Besonders deutlich ist das in der Außenpolitik zu sehen. Auch wenn einzelne Spezialisten gewisse Unterschiede in den Ansichten Medwedjews und Putins entdecken, sind ihre Aktionen in der politischen Praxis gut koordiniert, so dass

kein Unterschied in der Herangehensweise des Präsidenten und Premiers im Bereich der internationalen Beziehungen zu spüren ist. In der Innenpolitik sind Fälle, in denen Medwedjew und Putin in der Öffentlichkeit verschiedene Standpunkte vertreten, ziemlich selten. Daher fällt es den Analytikern schwer, sie auffindig zu machen.

Zum anderen werden die ersten vier Begriffe in der russischen Literatur traditionell eher für die Beschreibung von Systemen benutzt, in denen die Existenz zweier Machtzentren auf entsprechenden Verfassungs- und Rechtsnormen basiert. Aber die bestehende Machtkonfiguration beruht nur auf persönlichen Vereinbarungen zwischen dem Präsidenten und Premier. Für den Übergang der Machtspitze vom präsidentialen Monozentrismus zum Tandem Medwedjew-Putin waren Änderungen weder der Verfassung des Landes noch der Verfassungsgesetze wie z. B. »Des Gesetzes über die Regierung Russlands« notwendig. Ausgehend von diesen Überlegungen, zieht der Autor in diesem Text vor, für die Bezeichnung der neuen Machtkonfiguration in Russland den Terminus »Tandemdemokratie« zu benutzen.

Wichtige Fragen, die sich Politiker und Experten im Zusammenhang mit der Entstehung dieses politischen Konstrukts stellen, lassen sich in der Regel darauf reduzieren, wer in diesem Bündnis die wichtigere Position hat und wie stabil und langlebig es an sich und angesichts möglicher politischer Herausforderungen ist. Der Analyse dieser Fragen gilt das Hauptaugenmerk des Autors.

Die Entstehungsgeschichte des Konstrukts als Schlüssel zum Verständnis seiner Natur

Die Ursachen der Entstehung dieser Machtstruktur, die auf keine Weise in der logischen Entwicklung der modernen russischen Staatlichkeit begründet liegt, können aus dem Charakter der Machtübergabe vom Präsident Putin an Medwedjew im Frühjahr 2008 heraus erklärt werden.

Am Anfang sollte jedoch die prinzipielle These formuliert werden, dass es Russland, wie in den meisten postsowjetischen Ländern, im postkommunistischen Transformationsprozess nicht gelungen ist, feste Regeln der Machtübergabe zu etablieren. Aber nicht nur das. Die Schwäche und Instabilität politischer Institutionen wurden zu einem charakteristischen Merkmal der postkommunistischen Entwicklung Russlands. In diesem Sinne kann man davon sprechen, dass eine der wichtigsten Transformationsaufgaben nicht erfüllt wurde. Formal findet die

Machtübergabe in Russland aufgrund allgemeiner Präsidentschaftswahlen auf Wettbewerbsbasis statt. Es ist jedoch kein Geheimnis, dass der Name des neuen Staatsoberhauptes bereits vor dem Wahltag feststeht. Er wird vom abtretenden Präsidenten entweder aufgrund seiner eigenen Einschätzung der Lage im Land und an der Machtspitze oder nach informellen Beratungen mit den mächtigsten Personen und Gruppen in seinem Umfeld bestimmt. Mit anderen Worten ist die Machtübergabe jedes Mal durch zahlreiche Faktoren bedingt, von denen die meisten sich rasch verändern und deshalb schwer vorherzusagen sind.

Die Machtübergabe im Frühjahr 2008 wurde durch die Widersprüchlichkeit der Situation vor den Wahlen erschwert. Einerseits war Präsident Putin, der sein Amt laut Verfassung nach der zweiten Amtsperiode verlassen musste, sehr populär, sowohl unter den Eliten als auch in der breiten Masse. Andererseits gab es unter den anderen Figuren in der Machtelite keinen, der ihm in seinem Gewicht und Einfluss gleichgekommen und gleichzeitig eine Konsensfigur für die meisten Interessengruppen, die der Putinschen Elite angehören, gewesen wäre. Das schuf die Ungewissheit in den Regierungskreisen Russlands und rief Befürchtungen einer Machtdestabilisierung nach Putins Abtritt hervor. Um die Stabilität der Machtspitze zu sichern, schlugen einige mächtige Mitglieder der Mannschaft um Putin ihm vor, nach den entsprechenden Verfassungsänderungen für eine dritte Amtszeit an der Macht zu bleiben. Aber Putin lehnte diese Angebote ab. Es ist schwer zu sagen, was für Gründe den Präsidenten zu dieser Entscheidung bewogen haben. Vielleicht suchte er zu dem Zeitpunkt, Schwierigkeiten mit dem Westen zu vermeiden oder spürte eine gewisse Müdigkeit von der Macht und wollte sich eine Auszeit gönnen, um mit der Zeit zu entscheiden, ob es sich noch lohnt, die politische Karriere fortzusetzen.

Die Entscheidung Putins, den Präsidentenposten zu verlassen, stellte die Machtelite vor die Notwendigkeit, nach einer Machtkonfiguration zu suchen, die der regierenden Mannschaft die Erhaltung der dominierenden Posten in der Politik hätte sichern und sie von der inneren Spaltung bewahren können. Diese Formel setzte selbstverständlich voraus, dass Putin in der großen Politik bleiben würde. Die Aufgabe bestand daher darin, seinen Platz und Status in diesem politischen System zu bestimmen. Um sie zu lösen, schlug man Putin vor, als »nationaler Führer« zu bleiben, ohne dabei ein Staatsamt zu bekleiden. Man riet ihm, sich an die Spitze der Regierungspar-

tei »Einiges Russland« zu stellen und in dieser Position den Präsidenten und die Regierung nach dem sowjetischen Muster auf der Parteiebene zu überwachen. Es wurden auch andere Varianten benannt – vom Sprecher des Oberhauses bis zum Vorsitzenden des Verfassungsgerichts des Landes. Letztendlich lehnte Putin sie ab, denn er begriff, dass nur ein hohes Amt in der Exekutive ihm im heutigen Russland den politischen Einfluss sichern kann. Gerade aus diesem Grund wählte Putin den Premierposten. Diese Position ist in der russischen Machthierarchie jedoch dem Präsidenten unterstellt und deshalb angreifbar. Es genügt, sich daran zu erinnern, wie Jelzin, wie auch Putin selbst, mehrfach die Ministerpräsidenten ohne jegliche öffentliche Rechtfertigung vor dem Land absetzten. Um einen gewissen Ausgleich zum politischen Einfluss des Präsidenten zu schaffen, beschloss Putin, offiziell die Führung von »Einiges Russland« zu übernehmen, ohne ihr im Übrigen beizutreten. Allem Anschein nach glaubte er, dass die offizielle Unterstützung der parlamentarischen Mehrheit im Falle der Verschärfung der Beziehungen mit dem Präsidenten einen zusätzlichen Schutz für das Kabinett und den Premier vor einer unerwarteten Entlassung nach dem Muster seiner Amtsvorgänger bedeuten würde.

Um in der neuen Rolle erfolgreich zu sein, musste Putin eine passende Kandidatur für die Rolle seines Nachfolgers auf dem Präsidentenposten finden. Das musste ein Vertreter der regierenden Mannschaft sein, der für die meisten führenden Interessengruppen akzeptabel oder zumindest für die wenigsten inakzeptabel war. Der Nachfolger musste auch ein kompromissbereiter Politiker sein, der sich strikt an die bei der Machtübergabe getroffenen Vereinbarungen und die übernommenen Verpflichtungen hält. Der Erste Stellvertretende Ministerpräsident Russlands Medwedjew erfüllte alle diese Anforderungen. Dadurch unterschied er sich von dem anderen Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Sergej Iwanow, der lange Zeit als Hauptkandidat für die Nachfolge galt. Aufgrund der demonstrierten Arroganz, des Bestrebens, in der Öffentlichkeit betont als »Erster« aufzutreten, hatten viele Vertreter der Machtelite den Verdacht, dass Iwanow, nachdem er das Präsidentenamt übernommen hätte, die informellen Vereinbarungen über die faktische Teilung der Macht und der Befugnisse mit seinem Amtsvorgänger verletzen würde. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sich Putin bei der endgültigen Wahl des Nachfolgers von diesen Überlegungen leiten ließ.

Tandemokratie als neue Version des personalen Regimes

Zur Zeit sind die meisten politischen Beobachter in Russland davon überzeugt, dass die Übergabe des Präsidentenpostens von Putin an Medwedjew auf der Grundlage irgendwelcher informellen Vereinbarungen stattgefunden hat, deren Inhalt nur einem begrenzten Personenkreis aus dem engsten Umfeld beider Führer bekannt ist. Momentan glauben die russischen Analytiker, dass Putin nach diesen Vereinbarungen die Kontrolle über die meisten Ministerien und politischen Ressorts behalten hat, einschließlich des Militärs, das eine wichtige Machtstütze im modernen Russland darstellt. Das Letztere widerspricht im Übrigen der geltenden Verfassung, nach der das Militär sowie das Innenministerium dem Präsidenten des Landes unterstellt sind. Solche Umverteilung der Macht zugunsten des Premiers, die ohne Verfassungsänderungen oder Änderungen des Verfassungsgesetzes über die Regierung Russlands stattfand, war nur möglich, weil Medwedjew nach Putins Willen und mit seiner Unterstützung zum Staatsoberhaupt wurde. Nach der Meinung russischer Soziologen war das hohe Ergebnis (mehr als 79 Prozent aller Stimmen), das Medwedjew bei den Präsidentschaftswahlen im März erzielte, maßgeblich als »Spiegelung des Rating« Putins erreicht.

Der zweite Faktor, der zur Verfestigung der Machtverschiebung innerhalb des Tandems zugunsten des Premiers beitrug, war die Tatsache, dass der neue Präsident keine eigene starke und zahlreiche politische Mannschaft hatte. Deshalb ist es durchaus logisch, dass nur eine Person aus Medwedjews Umfeld in die neue Regierung eingezogen ist. Das ist der Justizminister Alexander Konowalow, der früher den Posten des Bevollmächtigten Vertreters des Präsidenten der Russischen Föderation im Föderationskreis Wolga innehatte. Unter den anderen hohen Beamten, die Medwedjew nahe stehen und die er aus dem Studium kennt, werden der Vorsitzende des Obersten Schiedsgerichts Anton Iwanow und der Leiter des Föderaldienstes für Gerichtsvollzieher Nikolaj Winnitschenko genannt. Diese Posten sind übrigens nicht die einflussreichsten in der russischen Staatshierarchie. Dem Umfeld Medwedjews schlossen sich auch neue Personen an, die, wie man glaubt, erst vor kurzer Zeit auf ihn als Führer des Landes gesetzt hatten. Das sind die Pressesekretärin des Präsidenten Natalija Timakowa und der Gehilfe des Staatsoberhauptes in Wirtschaftsfragen Arkadij Dworkowitsch. Im Großen und Ganzen stützt sich die Machtspitze jedoch auf eine einheitliche und »durchgängige« Mannschaft, deren Grund-

stock immer noch Personen bilden, die dem Premier nahe stehen und ihm ihren heutigen Status zu verdanken haben.

Es kann paradox erscheinen, aber der Wechsel vom präsidentialen Monozentrismus zur Tandemokratie veränderte nicht den Charakter des politischen Regimes in Russland. Wie auch früher, basiert er nicht auf starken Institutionen und Rechtsbestimmungen, sondern auf der Macht der Führer, deren Beziehungen zueinander auf der Grundlage persönlicher Vereinbarungen geregelt sind. In diesem Sinne kann man behaupten, dass die Tandemokratie als Form eines personalen Regimes bei keinen anderen politischen Führern des Landes, wenn sie die entsprechenden Posten des Präsidenten bzw. des Premiers übernehmen, funktionieren würde. Dieses Modell ist speziell für Medwedjew und Putin auf der Grundlage und unter Berücksichtigung enger persönlicher und sogar, wie einige Beobachter meinen, freundschaftlicher Beziehungen zwischen ihnen, die sich noch in der Zeit der gemeinsamen Arbeit in der Stadtverwaltung St. Petersburgs entwickelt hatten, geschaffen worden.

Wichtig zu vermerken ist, dass die Vorstellungen, nach denen die Macht im Land reell dem Tandem zweier Politiker gehört, von der knappen Hälfte der Bevölkerung geteilt werden. Nach Ergebnissen einer Meinungsumfrage, die im September vom Lewada-Zentrum durchgeführt wurde, waren 48 Prozent der Befragten dieser Meinung. 28 Prozent meinen, dass Putin die Macht in der Hand hält. Und nur 16 Prozent glauben, dass es Medwedjew ist. Nicht nur Vertreter der politischen Klasse, sondern auch knapp ein Drittel russischer Bürger glauben, dass die Macht, wichtige Entscheidungen zu treffen, im Tandem bei Putin liegt.

Kooperation oder Konkurrenz?

Das ist die wichtigste Frage, die russische und ausländische Experten zu beantworten suchen. Abhängig davon, wie sie sich die Zusammenarbeit beider Führer des Landes vorstellen, wird auch das weitere Schicksal der Tandemokratie beurteilt. Die meisten Beobachter glauben, dass diese Machtkonfiguration nicht von Dauer ist. Die Konkurrenz zwischen ihnen ist aufgrund objektiver Umstände, gegen die beide Führer des Landes machtlos sind, nicht zu vermeiden. Diese Auffassung beruht auf zwei Argumenten. Erstens, widerspricht die Tandemokratie der jahrhundertelangen russischen politischen Tradition des Monozentrismus der Macht. In den politischen Systemen, in denen die Macht nicht auf den Institutionen, son-

dern persönlichen Beziehungen basiert, ist es wichtig zu wissen, wo und wie die Entscheidungen getroffen werden. Deswegen fällt es den russischen Staatsdienern, die daran gewöhnt sind, »am Himmel nur eine Sonne« zu sehen, schwer, sich unter den Bedingungen dieser spezifischen Machtverhältnisse, die durch die Tandemokratie entstanden sind, ein richtiges Verhaltensmodell zu entwickeln. Zweitens, ist die Rolle der monozentristischen Macht des Präsidenten außerordentlich wichtig, weil das Staatsoberhaupt die Aufgabe des Oberschiedsrichters bei der Regulierung von Streitigkeiten und Konflikten innerhalb der Elite übernimmt. Wenn es bei einem schwachen Gerichtssystem zwei gleichermaßen einflussreiche Machtzentren gibt, werden solche Konflikte mit der Zeit trotz der guten persönlichen Beziehungen zwischen dem Präsidenten und Premier unausweichlich zur Machtdestabilisierung führen. Die Anhänger dieses Standpunktes glauben, dass die Tandemokratie sich entweder allmählich zu einer parlamentarischen Republik entwickeln wird, in der nach der Verfassungsänderung der Premier der offizielle politische Führer des Landes wird, oder dass das Regierungssystem zum gewohnten präsidentialen Monozentrismus zurückkehren wird. Das zweite Szenario kann realisiert werden, wenn Putin unter Nutzung seiner gegenwärtigen Führungsposition im Tandem bei den nächsten Wahlen zum Staatsoberhaupt (die vorgezogen werden könnten) auf den Präsidentenposten zurückkehrt, aber auch wenn Medwedjew, gestützt auf die Verfassungsrechte und -befugnisse, die reale Macht allmählich in seinen Händen konzentriert.

Einige wenige Analytiker glauben, dass das grundlegende Prinzip der Tandemokratie die Zusammenarbeit beider politischen Führer ist. Danach würde dieses System erst dann geändert, wenn Medwedjew und Putin gemeinsam beschließen, dass es seine Aufgaben erfüllt hat. Am ehesten kann das in der Mitte dieser Präsidentschaft passieren, wenn Medwedjew als politischer Führer genügend Erfahrungen gesammelt und allmählich eine eigene politische Mannschaft gebildet hat. Oder er sieht ein, dass es ihm nicht »gelingen« ist, das Land zu regieren und kandidiert nicht für eine zweite Amtszeit.

Was die Kooperation in der Praxis betrifft, handeln die beiden Politiker in den Schlüsselfragen der Innen- und Außenpolitik gewöhnlich übereinstimmend. Das bedeutet jedoch nicht, dass Medwedjew keinen eigenen Standpunkt vertritt und nicht bestrebt ist, aus dem Schatten seines mächtigen Vorgängers hervorzutreten. Es ist bekannt, dass ein Teil politischer und wirt-

schaftlicher Eliten des Landes, die gemäßigte Auffassungen vertreten, mit Medwedjews Einzug im Kreml gewisse Hoffnungen auf Liberalisierung (ein »Tauwetter« in Analogie mit der Regierungszeit Nikita Chruschtschows) verbanden, vor allem, was die Stärkung der Rolle des Recht- und Gerichtssystems im Leben des Landes betrifft. Medwedjew begreift aber, dass die positiven Erwartungen, die mit seiner Person verbunden werden, nicht von Dauer sein können. Im Gegensatz zu Putin, der eine Zeitreserve hat, in der die Macht allmählich in den eigenen Händen konzentrieren und seine Mannschaft zusammenstellen kann, hat Medwedjew diese Zeitreserve nicht. Putins Amtsvorgänger Jelzin hatte den Kreml Ende 1999 für immer verlassen. Doch der Medwedjews Vorgänger Putin ist im Zenit seiner Popularität und seines Einflusses an der Macht geblieben, und falls sich der heutige Präsident nicht als selbstständige Führungsperson bewährt, kann Putin durchaus zurückkehren. Zudem sind die Möglichkeiten Medwedjews, ein eigenständiger Führer des Landes zu werden, durch informelle Übereinkünfte über die Machtteilung, die schmale »Kaderbasis« und Begrenztheit anderer Ressourcen eingeschränkt.

In dieser schwierigen Situation, in der Medwedjew einerseits versuchen muss, eigenständig zu werden, andererseits jedoch keine Ressourcen zur Verfügung hat, wählte Medwedjew eine flexible Taktik, die effektiv sein könnte. Wobei er jegliche öffentlichen Unstimmigkeiten mit dem Premier vermied, begann er, eine eigene Agenda aufzustellen und entsprechende »bürokratische Plattformen« zu schaffen, um diese in den politischen und wirtschaftlichen Kreisen voranzubringen. Dabei formulierte Medwedjew diese Agenda derart, dass die sozial aktiven Bevölkerungsteile sie als feste Absicht des Präsidenten verstanden haben, Reformen in Richtung Demokratisierung durchzuführen. Es handelte sich vor allem um zwei wichtige Aufgaben, die der Präsident formulierte. Die erste bestand darin, ein unabhängiges Gerichtssystem wiederaufzubauen und die Gesellschaftsprozesse in Russland in rechtliche Bahnen zu lenken. Obwohl Medwedjew niemals den Begriff »Rechtsstaat« benutzte, zweifelte keiner, dass er den Weg des Landes zu diesem Ziel meinte. Die zweite Aufgabe betraf die Lösung eines der akutesten Probleme des heutigen Russlands – die Korruptionsbekämpfung. Nach Medwedjews Anweisung wurde ein spezielles Programm ausgearbeitet. Auf dessen Grundlage wurde ein Gesetzespaket entworfen, das in die Staatsduma eingebracht wurde und zur Zeit zur Abstimmung vorbereitet wird. Das charakteristi-

sche Merkmal dieses Programms besteht darin, dass als Hauptursache für die Verbreitung der Korruption und ihre Ausmaße in Russland das Zusammenwachsen des Staatsapparats und der Geschäftswelt sowie eine massenhafte Verleitung der Staatsdienerschaft zu unternehmerischen Tätigkeiten gesehen wird. Deswegen beziehen sich Medwedjews Schlüsselvorschläge auf die Trennung der Macht vom Geschäft. Die Beobachter sind sich darüber einig, dass es einen kräftigen Impuls zur Veränderung des politischen und sozialökonomischen Systems, das in Russland existiert und von vielen den bürokratischen Autoritarismus genannt wird, in Richtung eines offeneren, auf den Wettbewerbsprinzipien basierenden Modells geben wird, wenn diese Agenda, die vom Präsidenten vorgeschlagen wurde, zumindest teilweise realisiert wird.

Gleichzeitig erlaubte sich Medwedjew einige Male, wenn auch in zurückhaltender Form, sein Nichteinverständnis mit Putins Tätigkeit öffentlich zu äußern. Als die scharfe Kritik Putins an der Arbeit des metallurgischen Unternehmens »Metschel« Ende Juni Panik in den Unternehmerkreisen auslöste und zu einer starken Senkung seines Börsenwertes führte, gab Medwedjew zu verstehen, dass er mit dem Standpunkt Putins nicht einverstanden ist, indem er den Staatsapparat aufforderte, »den Geschäftsleute keine Albträume zu bereiten«. Als die Weltfinanzkrise Ende September Russland erreichte, äußerte Medwedjew seine Unzufriedenheit darüber, wie die Regierung die Finanzkrise bekämpft. Dabei hob er die Ineffizienz der »manuellen Steuerung« des Landes hervor, wenn alle Entscheidungen vom Zentrum getroffen werden und ihre Realisierung nicht über Institutionen, sondern Vertrauensleute läuft. Es ist kein Geheimnis, dass sich das System der »manuellen Steuerung« in den Jahren der Präsidentschaft Putins entwickelt hat.

Doch alle Bemühungen Medwedjews, eine größere Selbstständigkeit zu erlangen, – sowohl seine politisch-rechtlichen Initiativen oder die von denen des Premiers abweichenden Ansichten in den Schlüsselfragen der Innenpolitik – sind immer noch ergebnislos. Es gibt keine ernst zu nehmende Stärkung der Selbstständigkeit von Gerichten. Es steht ernsthaft zu befürchten, dass Medwedjews Vorschläge zur Korruptionsbekämpfung unter dem Druck einflussreicher Interessengruppen, die an der Erhaltung des bestehenden Systems interessiert sind, in deutlich geschwächt werden. Der Druck auf die Geschäftsleute seitens der Verwaltung des Staatsapparats lässt nicht nach, das Land wird nach wie vor »manuell«, durch die ineffiziente und korruptierte Machtvertikale regiert.

Dabei ist Medwedjew gelungen, seine Popularität und Autorität sowohl in der Gesellschaft als auch in den Eliten während des militärischen Konflikts mit Georgien im August und im Prozess seiner friedlichen Beilegung zu erhöhen. Es war Medwedjew, der im Nationalfernsehen die wichtigsten Erklärungen zum Beginn des militärischen Einsatzes gegen Georgien am 8. August und zur Anerkennung der Unabhängigkeit Abchasiens und Südossetiens am 28. August abgegeben hat. Es war Medwedjew, der Russland bei den schwierigen Verhandlungen über eine friedliche Beilegung des Konfliktes mit Georgien mit dem französischen Präsidenten Nikolas Sarkozy, der die Leitung der Vermittlungsmission der Europäischen Union übernahm, vertreten hat. Nichtsdestoweniger wurde unter den russischen Beobachtern die Meinung verbreitet, dass auch in diesem Zeitraum die Schlüsselentscheidungen im russisch-georgischen Konflikt vom Premier Putin oder unter seinem starken Einfluss getroffen wurden. Viele Analytiker haben sogar daraus geschlossen, dass die Verwandlung Medwedjews in einen »militärischen Präsidenten«, seine Scheu, sich von der harten Vorgehensweise Putins in der russischen Außenpolitik zu distanzieren oder zumindest Differenzen aufzuzeigen, dem Staatsoberhaupt den Weg zur Verwirklichung der Liberalisierungspolitik faktisch versperrt haben. In einem seiner Interviews nach dem Konflikt kritisierte Medwedjew diesen Standpunkt indirekt und bestätigte seine Absicht, die Agenda, die er bald nach seinem Amtsantritt aufgestellt hatte, weiter zu verfolgen.

Anstelle eines Schlusswortes

Es ist möglich, dass die informellen Vereinbarungen über die Aufteilung der Befugnisse tatsächlich bis zum Zeitpunkt halten werden, an dem Putin merkt, dass der neue Präsident politisch stärker geworden ist, eine eigene Mannschaft gebildet hat, mit der er den Kurs seines Amtsvorgängers verfolgen wird. Und dann geht Putin mit dem Gefühl, seine Pflicht erfüllt, die Leitung des Landes in zuverlässige Hände gelegt zu

haben. Oder wenn die Frist für die Vereinbarungen abläuft, beschließt der Premier, dass das Machtsystem ohne seine Beteiligung an der Politik als des einzigen offiziellen Führers des Landes nicht effizient funktionieren kann. Die aktuelle Finanzkrise, die nach zahlreichen Prognosen sehr schmerzhaft für die Wirtschaft und soziale Lage in Russland sein kann, könnte bestimmte Korrektive in das Kooperations- und teilweise Konkurrenzverhältnis zwischen dem Präsidenten und Premier einbringen. Davon, wie sich die Beziehungen zwischen der Gesellschaft und der Machteliten während der Krise entwickeln, wer von der Öffentlichkeit und von den Eliten für das Geschehene verantwortlich gemacht wird, hängen die Beziehungen innerhalb des Tandems ab. In der zweiten Oktoberdekade nahm der Präsident eine günstigere Position in der Öffentlichkeit als der Premier ein. Indem er die in der Verfassung festgehaltenen Möglichkeiten, sich nicht an der operativen Wirtschaftsverwaltung zu beteiligen, nutzte, konzentrierte sich Medwedjew auf die Probleme der globalen Politik, auf eine friedliche Konfliktbeilegung auf dem Kaukasus. Den Kampf gegen die Finanzkrise und ihre Folgen überließ er der Regierung. Es ist kein Zufall, dass manche Massenmedien, die traditionell Putin unterstützten, ihm sogar rieten zurückzutreten, um seinen politischen Einfluss und seine Popularität zu erhalten und damit die negativen Proteststimmungen, die unvermeidlich im Zusammenhang mit der Krise im Land entstehen werden, keine fatalen Auswirkungen auf seine Autorität haben. Dabei werden die Perspektiven des Macht tandems unter den Krisenbedingungen noch ungewisser und von noch mehr Faktoren, u. a. Konjunkturfaktoren, abhängig. Möglich ist eine Verstärkung sowohl der Kooperation, wenn beide Führer beschließen, dass die neue Situation für sie beide gefährlich ist, als auch der Konkurrenz, wenn sich die Unzufriedenheit über die entstandenen Schwierigkeiten nur auf einen von ihnen fokussiert.

Übersetzung aus dem Russischen: Olga Dudkowskaja

Über den Autor

Dr. Andrej Rjabow ist Stellvertretender Direktor des *Center for Political Science Programs* der Gorbatschew-Stiftung und *Scholar-in-Residence* am Moskauer Carnegie-Zentrum.

Analyse

Das politische System Russlands steht bei der Auseinandersetzung mit der Wirtschaftskrise enormen Herausforderungen gegenüber

Robert Orttung, Washington

Zusammenfassung

Der jüngste Fall der Ölpreise und die weltweite Wirtschaftskrise stellen schwerwiegende Probleme für das politische System Russlands dar. Die Machtkonzentration ermöglicht der russischen Führung ein schnelles Reagieren. Es ist jedoch unklar, ob die Führungsriege ohne die Unterstützung eines breiten sozialen Spektrums in der Lage sein wird, adäquate Maßnahmen zu ergreifen und erfolgreich umzusetzen.

Die weltwirtschaftliche Situation bedroht Russland

Das politische System in Russland wird durch die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise schwer auf die Probe gestellt. Die gegenwärtige Führung legitimiert sich durch Selbstdarstellung. Premierminister Wladimir Putin und Präsident Dmitri Medwedjew sind auf eine konstante steigende Lebensqualität der Bevölkerung angewiesen, um die Stabilität des von Putin installierten politischen Systems erhalten zu können. Im Grunde genommen haben die russischen Führungsfiguren mit der Bevölkerung einen Gesellschaftsvertrag geschlossen, der besagt, dass die allgemeinen Lebensbedingungen im Austausch gegen die unumschränkte Macht und den Reichtum eines kleinen Elitenzirkels verbessert werden. Mit der Durchsetzung der globalen Finanzkrise ändert sich die Situation. Das Wirtschaftswachstum wird geringer oder kommt zum Stillstand und die von den Russen erwartete Stabilität sowie der allmähliche Fortschritt sind bedroht. Ob die russische Führung in der Lage sein wird, ihre Legitimität bei sich weiter verschlechternden wirtschaftlichen Bedingungen zu wahren, ist eine offene Frage. Vom Protest auf der Straße abgesehen, haben die gewöhnlichen Russen natürlich keine Möglichkeit, das politische System direkt zu beeinflussen.

Der Rhetorik der russischen Führungsriege zum Trotz – laut der Russland von der Krise nicht im gleichen Maße wie andere Länder betroffen ist – schlägt sich der weltweite Abschwung in Russland in zweifacher Art und Weise nieder. Sein erster und offensichtlichster Niederschlag in Russland ist der rasante Fall des Ölpreises von fast 150 Dollar pro Barrel im Juli auf unter 65 Dollar am 24. Oktober. Russland kann den Ölpreis auf dem Weltmarkt nicht selbst beeinflussen, ist von seinen Hochs und Tiefs jedoch stark betroffen. Im Unterschied zu den meisten westlichen Staaten ist Russland Energieexporteur und stark vom Verkauf von Öl und Erdgas abhängig. Energieverkäufe machten 2006 annähernd 65 Prozent der russi-

schen Exporte und 2005 37 Prozent der Staatseinnahmen aus. In den letzten Jahren finanzierte Russland die dramatische Steigerung der europäischen Importe über Einnahmen aus dem Ölverkauf. 2007 exportierte Russland Energie und Rohstoffe im Wert von 143,5 Milliarden Euro in die Europäische Union, während die EU im gleichen Jahr Industriegüter (Maschinen, Transportmittel und Ausrüstungen), Nahrungsmittel und lebende Tiere im Wert von 89 Milliarden Euro nach Russland verschiffte.

Der laufende russische Staatshaushalt basiert auf der Annahme, dass das Erdöl für 70 Dollar pro Barrel verkauft wird. Bleiben die Preise dauerhaft unter diesem Niveau, werden Haushalt und Handelsbilanz ins Minus fallen. Außerdem steht der Rubel, dessen Anstieg gegenüber dem Dollar als Zeichen einer starken Position Russlands gegenüber den USA angepriesen wurde, enorm unter Druck. Russland ist dabei, die 500 Milliarden Dollar Barreserven, über die es verfügt, um den Problemen zu begegnen, schnell durchzubringen.

Das zweite Problem ist, dass die internationale Kreditkrise sich in Russland deshalb stark niederschlägt, weil viele Banken und Rohstoffproduzenten schwer verschuldet sind. Nun, da die Kreditquellen versiegen, sind die Unternehmen nicht länger in der Lage, zu operieren und es deuten sich für die Zukunft ein Abbau von Arbeitsplätzen und niedrigere Löhne an – ein Szenario also, von dem die ganz internationale Gemeinschaft heimgesucht wird. Immobilienunternehmen und Einzelhandel sind in Russland bereits in der Krise.

Die Ineffizienz der politischen Zentralisierung

Seit Putin an der Macht ist, hat er ein staatskapitalistisches System installiert. Er hat versucht, die Macht der mächtigsten russischen Unternehmer so weit wie möglich einzuschränken. Nachdem er zwei der während der Jelzin-Ära dominantesten Oligarchen ins Exil

getrieben und einen dritten inhaftiert hatte, lenkte der Rest der ökonomischen Elite ein. Zur gleichen Zeit brachte Putin Schlüsselbereiche der Wirtschaft nach deren Privatisierung in den 1990er Jahren zurück unter staatliche Kontrolle, vor allem den Ölsektor und Schlüsselbereiche der verarbeitenden Industrie wie die Automobilbranche. Die globale Finanzkrise ermöglicht es, die staatliche Kontrolle über die Wirtschaft noch stärker auszuweiten. In stärkerem Maße als anderswo ist die russische Wirtschaft in den Händen von einigen wenigen Einzelpersonen konzentriert. Viele der bekanntesten Unternehmer sind derzeit auf staatliche Rettungsaktionen angewiesen und müssen, um ihre Existenz zu sichern, immer mehr Kontrolle über ihren Besitz an den Staat abtreten. Mehrere Oligarchen haben über 60 Prozent ihres Nettovermögens verloren und hoffen nun, Zugang zu einem Teil der 200 Milliarden Dollar Regierungsunterstützung zu bekommen, die Ministerpräsident Putin über die Vneshekonombank zu verteilen plant, wo er Aufsichtsratsvorsitzender ist.

Die immer weiter anwachsende staatliche Kontrolle über die Wirtschaft droht, die Effizienz der russischen Unternehmen beschneiden. Die Unfähigkeit staatlicher Unternehmen, effizient zu arbeiten, wurde bereits offensichtlich, als der Staat anfang, unter den Firmen des Ölsektors eine größere Rolle zu spielen. Tatsächlich hatte das Investitionskapital schon viele Monate bevor das Ausmaß der Krise im Herbst sichtbar wurde, begonnen zu fliehen, hauptsächlich aus der Sorge heraus, dass Russland nicht in der Lage sein würde, sein gegenwärtiges Level der Energieproduktion zu halten. Seit Mai ist der russische Aktienmarkt konstant im Fall begriffen.

Die wachsende staatliche Dominanz über die Wirtschaft bereitet einem Anstieg der Korruption einen fruchtbaren Boden. Im von *Transparency International* herausgegebenen *Corruption Perceptions Index* liegt Russland von 180 untersuchten Ländern an 147. Stelle. Die Unfähigkeit, der immer stärker um sich greifenden Korruption zu begegnen, ist das Haupterbe, das Präsident Putin seinem Nachfolger hinterlassen hat. Bei seiner Amtsübernahme versprach Medwedjew, sich der Angelegenheit anzunehmen, genauso wie des »rechtlichen Nihilismus«, der mit ihr einherging.

Putin hat sich nicht nur darum bemüht, die Wirtschaft zu kontrollieren. Er dehnte sein Regierungsmodell auf alle Bereiche des russischen Lebens aus. Er unterband Pluralismus bei den russischen Wahlen, beschnitt scharf die freie Meinungsäußerung in den

Medien, reduzierte zivilgesellschaftliche Handlungsmöglichkeiten und sorgte dafür, dass die Erfolgsaussichten von Kampagnen zur Bekämpfung der Korruption extrem gering sind. Das Ergebnis dieser Politik besteht vor allem in einer entscheidenden Reduzierung der Möglichkeiten, die Probleme, vor denen Russland im Moment steht, von unten zu lösen. Bei der Beschäftigung mit der derzeitigen Krise werden die russischen Führungsriege politische und intellektuelle Ressourcen an der Spitze des Systems einbinden müssen.

Manipulierung der Wahlen

In Russland hat sich kein System entwickelt, anhand dessen die Macht an eine andere Person übertragen wird. Die Parlamentswahlen vom Dezember 2007 und die Präsidentschaftswahlen vom März 2008 waren zu weiten Teilen staatlich organisierte Veranstaltungen mit vorab festgelegten Ergebnissen. Aus Furcht vor einem weiteren negativen Bericht wurden in Russland Bedingungen geschaffen, die es der OSZE unmöglich machten, die Wahlen effektiv zu beobachten. Das Wahlsystem erfüllt hier nicht die Funktion, die es in einer gesunden Demokratie hat – neue Führungspersonen und Ideen hervorzubringen. Die Kontrolle der Wahlen erstreckte sich bis auf regionale Ebene. Putin sagte 2004 die direkten Gouverneurswahlen ab und schuf dadurch die gegenwärtige Lage, in der die Gouverneure eher dem Kreml als ihren Verfassungen zu dienen versuchen. Ein gutes Beispiel dafür ist die Situation in St. Petersburg. Die dortige Gouverneurin Valentina Matwienko ist seit mehr als fünf Jahren im Amt. Seit die Jabloko-Partei aus formalen Gründen von den Petersburger Parlamentswahlen ausgeschlossen wurde, gibt es kaum öffentliche Kritik an der Politik der Gouverneurin. Das öffentliche Leben ist gekennzeichnet durch mangelnde Redefreiheit, politische Homogenität und Unterwürfigkeit gegenüber Putin. Nicht anders sieht die Situation bei den regionalen Parlamentswahlen aus. Die letzte Runde der Regionalwahlen fand am 12. Oktober statt und *de facto* war Parteien, die in der Staatsduma nicht vertreten sind, auch die Teilnahme auf regionaler Ebene nicht erlaubt. Die kremlnahe Partei »Einiges Russland« dominierte die Wahlen. Der Kreml sorgt dafür, dass sämtliche alternativen Parteien von der Bildfläche verschwinden und die Regionalparlamente voller Parteiloyalen werden nicht zu viel mehr in der Lage sein, als Anweisungen aus Moskau weiterzureichen. Solche Dienstfertigkeit wird in Zeiten der wirtschaftlichen Krise nicht besonders nützlich sein, wie Niko-

Iai Petrow vom Moskauer Carnegie Center jüngst in einer Analyse hervorgehoben hat. Mit ihrer geringen Anbindung an die Gesellschaft vor Ort sind diese Abgeordneten nicht in der Lage, für Ideen und Interessen der Lokalbevölkerung einzutreten.

Verkümmerte Zivilgesellschaft

Die von Putin betriebene Konzentration der politischen Kräfte hat die Bedeutung der Zivilgesellschaft zunehmend verringert. Was eine Brutstätte neuer politischer Ideen sein könnte, wurde weitgehend zum Schweigen gebracht. Aufgrund der umfassenden Kontrolle der Wahlen durch den Kreml bekommen kremlunabhängige Parteien eine immer kleiner werdende gesellschaftliche Rolle zugesprochen. Die Opposition ist im Großen und Ganzen bedeutungslos geworden.

Das jüngste Beispiel dafür ist das Verschwinden der »Union der Rechten Kräfte« (SPS). Am 2. Oktober beschloss ihr politischer Rat, die Partei in ihrer gegenwärtigen Form aufzulösen, ihren oppositionellen Charakter aufzugeben und sich mit verschiedenen anderen kleineren Parteien zu der liberalen »Pro Kreml Partei« zu vereinigen. Mitte Oktober waren in Russland 14 Parteien registriert; vor zwei Jahren waren es noch 35 gewesen. Der neue Vorsitzende von SPS Leonid Gosman sagte gegenüber dem Radiosender Echo Moskwj, es sei »unter dem bestehenden totalitären Regime unmöglich, eine Partei zu gründen ohne mit der Obrigkeit zu kooperieren.« SPS hat keine unabhängigen Finanzierungsquellen mehr, so dass ihr früherer Chef aufgeben musste. Die Partei hat in den letzten Jahren wenig Unterstützung aus der Bevölkerung erhalten und war im Parlament nicht mehr vertreten. In Russland gibt es nun im Wesentlichen ein Eineinhalbparteiensystem, das aus Putins Einiges Russland und einer Handvoll kleinerer Pro-Kremlparteien besteht.

Gleichzeitig wurden einige der interessantesten oppositionellen Gruppierungen, die in den letzten Jahren in der russischen Gesellschaft aufgetaucht sind, seit ihrem Erscheinen durch die Regierung kooptiert. Ein hervorragendes Beispiel hierfür ist Swoboda wybora (Freie Wahl), eine Vereinigung von Automobilfreunden, die in Reaktion auf die von der Regierung beabsichtigte Einführung des Verbots rechtsgelenkter Fahrzeuge gegründet wurde. Die Gruppe entwickelte sich zu einer sozialen Bewegung mit einer breiten Basis und entwickelte sich zu einer tatsächlichen Herausforderung der Legitimität der Regierungspolitik. Der Höhepunkt der von der Gruppe organisier-

ten Aktivitäten war ein landesweiter Protest gegen das beabsichtigte Verbot. Im Anschluss daran baute die Organisation eine Website auf, die Automobilisten aus dem ganzen Land zusammenbrachte. Die Phase des Graswurzelprotests der Gruppe erreichte ihren Gipfel in den Jahren 2005 und 2006; seitdem hat sich ihr Anführer Wjacheslaw Lysakow darauf verlegt, die Regierung von innen her zu beeinflussen. Inzwischen berät die Organisation die Regierung in Sachen Fahrzeugsicherheit und arbeitet nicht mehr als »Graswurzelopposition«.

Die Einschränkung der Medien

Im Bereich der Medien sieht es nicht besser aus. In einem Ranking von Reporter ohne Grenzen liegt Russland an 141. Stelle der 173 im »2008 Press Freedom Index« bewerteten Länder. Bewertet werden fortgesetzte Gewalt gegen und die Bedrohung von Journalisten. Die Weltwirtschaftskrise macht deutlich, dass der Staat weiterhin das Fernsehen kontrolliert und es dazu einsetzt, seine kurzfristigen politischen Ziele zu bewerben. Dies geschieht auf Kosten der Informationsfreiheit und einer fundierten Diskussion über die Herausforderungen, die die Krise an die russische Gesellschaft stellt.

Die staatlich kontrollierten und die an sie angegliederten Medien widmen sich detailliert der Finanzkrise im Rest der Welt, einschließlich der Maßnahmen, die von den ausländischen Regierungen ergriffen werden, um den Problemen zu begegnen. Eine Thematisierung ihrer schwerwiegendsten Auswirkungen auf Russland wird unterbleibt dagegen meist. Bei der Diskussion der Lage im eigenen Land vermeiden die Medien den Gebrauch von Ausdrücken wie »Krise« und »Kollaps«. So berichtete das staatliche Fernsehen beispielsweise nicht über den 19-prozentigen Fall des russischen Aktienmarkts am 6. Oktober. In Internetforen wird darauf hingewiesen, wie gern von offizieller russischer Seite die Probleme anderer Länder diskutiert werden, und wie ungerne dagegen die eigenen. Unter Bedingungen wie diesen verliert die Bevölkerung das Vertrauen in ihre Führung.

In gewisser Hinsicht konnte der Gebrauch des Internets die Razzia, die der Rest der Medien erlebt hat, kompensieren – indem es in häufiger Frequenz freiegeführte Diskussionen wichtiger politischer Themen zur Verfügung stellt. In Russland existieren 2,6 Prozent der weltweiten Blogs, die jedoch 11 Prozent der Zugänge auf sich vereinigen, was heißt, dass die russischen Internetbenutzer mehr schreiben als andere. Die russischen Schreiber haben im Durchschnitt auch

mehr Freunde als Blogger in den USA oder Europa – viele verfügen über mehr als 1000 solcher Links. Für viele Russen ist das Engagement im Internet die Hauptform gemeinschaftlicher Organisierung, da ein Engagement in nichtvirtuellen Vereinen nicht sehr wahrscheinlich ist.

Obwohl Politiker häufig eine stärkere Kontrolle des Internets fordern, wurde dessen umfassende Überwachung noch nicht eingeführt. Im April stoppte Medwedjew ein Gesetz, das aufgrund des Tatbestands der üblen Nachrede die Auflösung von Redaktionen erlaubt hätte. Nichtsdestotrotz existieren Kontrollen: Ein Regierungsdekret verpflichtet alle Telefongesellschaften und Internetprovider, auf eigene Kosten Equipment zu installieren, das dem Inlandsgeheimdienst FSB unbeschränkten Zugang zu allen Formen der Kommunikation – Telefonate, SMS und Emails – verschafft, und dies ohne das Wissen von Anbietern oder Nutzern. Unter diesen Umständen steht es den Behörden also frei, Einzelpersonen zu verfolgen, das gesamte Internet können sie dagegen nicht kontrollieren.

Bedauerlicherweise muss das Internet die hohen Erwartungen derjenigen, die davon ausgegangen sind, dass die Onlineforen zu Offline-Lösungen politischer Probleme und zu politischen Aktionen führen würden, erst noch erfüllen. Das Internet bringt diejenigen zusammen, die ohnehin schon bereit sind, zusammen zu arbeiten. Ein indifferentes Publikum erreichen die meisten Seiten nicht. Das Internet tritt weniger als Forum der Graswurzelmobilisierung in Erscheinung, als dass es sich in ein gut funktionierendes Werkzeug des staatlichen Arsenal verwandelt hat, mit dessen Hilfe dieser seine Macht konsolidiert und Stabilisierungsbotschaften unter den Bevölkerungsteilen, die das Netz benutzen, verbreitet werden. Staatliche Propagandisten bezahlen Blogger und andere, um die Diskussion in oppositionellen Foren zu unterbinden, die sprachlich ausfällig werden und sabotieren oder zu verhindern suchen, dass gewisse Themen ein breites Publikum erreichen. Diese ziemlich ausgeklügelte Form der Manipulation vermeidet eine offene Zensur nach chinesischem Modell und erlaubt Russland, gegenüber auswärtigen Beobachtern darauf zu bestehen, die freie Meinungsäußerung zu respektieren. Die Regierung zollt dem gesamten Blogbereich eine Menge Aufmerksamkeit – Millionen von Dollar werden jedes Jahr aufgewendet, um ihn zu kontrollieren. Eine solche Aufmerksamkeit legt nahe, dass die Regierung ihn ziemlich ernst nimmt.

Die Korruption greift um sich

Bei seinem Amtsantritt erklärte Medwedjew die Bekämpfung der Korruption zu einer seiner Prioritäten. Eine neue Gesetzgebung, die die Regierung der Staatsduma zur Diskussion vorgelegt hat, enthält Definitionen von Korruption und Interessenskonflikt, wobei die letztere eher vage ausfällt. Die hauptsächliche Neuerung des Gesetzes besteht darin, dass Angestellte des öffentlichen Dienstes und ihre Familien ihr Einkommen öffentlich darlegen müssen und nicht für Unternehmen arbeiten können, mit denen sie in den letzten zwei Jahren Geschäfte gemacht haben. Kritiker wie Georgij Satarow von der Stiftung *Indem* behaupten, die gegenwärtige Kampagne zur Korruptionsbekämpfung unterscheide sich nicht wesentlich von vorangegangenen und biete lediglich einer gesellschaftlichen Gruppe die Möglichkeit, einer anderen Geld abzunehmen. Das Gesetz sieht die Bestrafung derjenigen vor, die Bestechungen anbieten, nicht aber derjenigen, die bereit sind, sie anzunehmen. Darüber hinaus erwähnt es keine öffentlich zugänglichen Budgets. Und je intransparenter ein Budget ist, desto anfälliger ist es ja gewöhnlich auch für Korruption.

Ein jüngst veröffentlichter Bericht des St. Petersburger Instituts für die Entwicklung der Informationsfreiheit betont, dass eine wirksame Bekämpfung der Korruption in Russland nicht möglich ist, solange die Bürger keinen besseren Zugang zu Informationen über die Aktivitäten der staatlichen Institutionen haben. Weiterhin wird behauptet, dass interessierten Bürgern mit den gegenwärtigen Gesetzen trotz der regen Entwicklung der Gesetzgebung zur Informationsfreiheit keine rechtlichen Mittel und Mechanismen zur Verfügung stehen, um sich über die Aktivitäten offizieller Stellen zu informieren. Entsprechend stehen interessierte Einzelpersonen bei dem Bemühen, ihr Recht auf den Zugang zu derartigen Informationen in Anspruch zu nehmen und zu verteidigen, laufend Problemen gegenüber. Sie sind derzeit nicht mit einem zufrieden stellenden Maß an Informationen versorgt. Ohne Zugang zu diesen Informationen besteht der Kampf gegen die Korruption jedoch nur aus hohlen Versprechungen.

Schluss

Das gegenwärtige russische Staatssystem hat das Potential, schnell auf die globale Finanzkrise zu reagieren. Die Macht ist konzentriert und diejenigen, die in Opposition zu ihr stehen, haben nur wenige Möglichkeiten, sich der Politik der Führungselite in den Weg zu stellen.

Die Frage, ob die Führung in der Lage sein wird, wirkungsvolle Lösungsmodelle zu entwickeln und durchzuführen, bleibt dennoch bestehen. Durch Machtkonzentration und die Unterbindung der Diskussion dieses Themas haben die russischen Machthaber sich einer frei geführten Debatte aller dieser Themen unter breiter sozialer Beteiligung beraubt. Es gibt

angesichts der geringen Effizienz vergangener staatlicher Interventionen in die Wirtschaft Gründe genug, um skeptisch zu sein, dass die momentane Führung in der Lage sein wird, die Probleme anzugehen und dabei gleichzeitig die Interessen der Gesellschaft zu berücksichtigen.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Über den Autor

Robert Ortting ist Senior Fellow am Jefferson Institute (Washington) und Gastwissenschaftler am Zentrum für Sicherheitsstudien der ETH Zürich.

Analyse

»Problembär Russland«

... oder: Der Umgang mit Russland nach Kaukasus-Krieg und Finanzkrise

Jens Siegert, Moskau

Nach dem Georgien-Krieg ...

Es gibt im Russischen ein Wort, »likowat«, das im Wörterbuch mit »jubeln« oder auch »jublieren« nur unzureichend übersetzt wird. Diesem russischen Jubel wohnt ein Gefühl tiefster Befriedigung inne. Aber auch von Selbstvergessenheit und echter Freude. Und spätere Folgen sind im Augenblick eines solchen Jubels nicht nur egal. Wer daran denkt, entweicht die Schönheit des Moments. Fast eine Art Gotteslästerung. Die herrschende politische Elite und ihre Adepten bekamen sich kaum ein vor Freude, den »Amerikanern so richtig den Arsch versohlt« zu haben. Eine große Mehrheit der Menschen in Russland teilte zumindest das Gefühl einer tiefen Befriedigung nach, so sehen viele das heute, zwei Jahrzehnten der Erniedrigung. Es war der erste Sieg über die USA nach Ende des Kalten Kriegs, der wirklich zählte. Über die USA. Amerika ist nie fern in Russland, immer ganz nah. Die USA sind das Maß aller russischen (Großmacht-)Träume. Und dieses Maß hat einen durchaus realpolitischen Kern. Aber es zeigt auch eine Tragik. Denn niemals ist Russland heute für die USA genau so wichtig. Eine Quelle ständig empfundener Kränkung. Natürlich hilft die auf Hochtouren laufende Propagandamaschine nach. Aber bei ihr und der Stimmung im Land handelte es sich in den Nachkriegswochen eher um korrespondierende Röhren, als dass das Propagandagebläse das Enthusiasmusfeuer ständig am Lodern halten musste.

Und der Westen wunderte sich. Man wunderte sich über die russische Aggression (ein Lieblingswort aus dem Kremelwortschatz). Aus Moskauer Sicht wiederum war die westliche Verwunderung über den erst in München knurrenden und dann im Kaukasus marodierenden russischen Bären verwunderlich. Alles war angekündigt und vielfach angedroht, aber wohl nicht Ernst genommen worden. Das neu gewonnene russische Selbstbewusstsein suchte Bestätigung. Es fehlte nur die Gelegenheit. Micheil Saakaschwili hat sie geboten. Es scheint manchmal als ob dem Westen nur ein romantischer Blick auf Russland gelingt. Entweder reißender Grizzly oder flauschiger Teddybär. Entweder Wiedergänger der Sowjetunion oder leicht seltsames und ein wenig zu groß geratenes Transformationsland. Doch wenn ein Bärenvergleich auf das Land passt, dann muss man eher an den armen Problembären Bruno denken, der vor einigen Jahren Sommers die Alpen von Italien nach Deutschland überquerte. So fremd wie Bruno und die bildzeitungsbefeuerten Oberbayern vor ein paar Jahren stehen sich heute auch der Westen und Russland gegenüber. Glücklicherweise kann man Russland nicht so einfach abschießen wie Bruno. Der Westen und Russland werden miteinander auskommen müssen. Die Finanzkrise hat alle bereits bescheidener gemacht.

Nach dem georgischen Fünf-Tage-Feldzug war in der westlichen Öffentlichkeit sofort von einer Zeitenwende die Rede. Auch in Russland wird das in weiten

Kreisen so gesehen. Der Schwerpunkt liegt aber hier und dort anders. Während im Westen damit meist einer Enttäuschung in Bezug auf Russland (oder der Bestätigung, man habe ja immer gewusst, dass dieses Land unheilbar aggressiv sei) Ausdruck gegeben wird, meint man in Russland stolz, dass das Land »wieder da« sei. Präsident Medwedjew drückte das Anfang September so aus: »Russland ist ein Staat, mit dem man in Zukunft rechnen muss.«

Was ist passiert?

Die Frage, wer angefangen habe, ist kaum zu klären. Wie so oft, kommt es darauf an, welchen historischen Zeitpunkt man als Ausgangspunkt wählt. Die heute völkerrechtlich geltenden Grenzen zwischen Russland und Georgien (mit Abchasien und Südossetien) gehen auf willkürliche Entscheidungen Stalins in den 1930er Jahren zurück. Der Diktator verschob kurzerhand ein paar Verwaltungsgrenzen innerhalb der Sowjetunion. Mit dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion brachen die angestauten interethnischen Konflikte offen aus. Abchasien und Südossetien, bisher mit weitgehenden Autonomierechten ausgestattet und oft mehr Moskau als Tbilissi unterstellt, fanden sich in einem georgischen Nationalstaat wieder, der diese Autonomierechte mit nationalistischen Begründungen aufkündigte. Zwei Kriege mit russischer Beteiligung kosteten viele Opfer und führten zu mehreren Hunderttausend Flüchtlingen, meist Georgiern. Die Konflikte wurden, wieder unter russischer Beteiligung »eingefroren«. Das Töten und Vertreiben in großem Maßstab hörte zwar auf, doch in den 1990er Jahren war niemand willens und in der Lage, eine politische Lösung ernsthaft zu suchen und zu finden. Keine der Konfliktseiten, einschließlich Russland war stark genug und wirklich daran interessiert. Der Westen war mit den blutigeren und ihm näheren Kriegen auf dem Balkan beschäftigt. Seither kontrollierte Russland Abchasien und Südossetien. Es gab keine Annäherungen, aber auch die Gewalt hielt sich in Grenzen. Aus dem innergeorgischen Konflikt war längst ein georgisch-russischer geworden. Beide Seiten bereiteten sich auf eine größere gewaltsame Auseinandersetzung vor.

Im Sommer machte Micheil Saakaschwili nach vielen kleinen von beiden Seiten den ersten großen Schritt. Er versuchte Südossetien mit Gewalt unter georgische Herrschaft (zurück) zu holen. Das ist gründlich misslungen. Soweit den noch sehr lückenhaften Monitoringberichten von *Memorial* und von russischen Mitarbeitern von *Human Rights Watch* aus Südossetien zu entnehmen ist (Ausländer haben bis heute keinen Zugang),

haben beide Seiten in diesem Krieg Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung begangen. Die georgischen Streitkräfte haben Raketenwerfer des Typs »Grad« gegen Wohnviertel eingesetzt und auch sogenannte Kassettenbomben benutzt. Beides sind Waffen, bei denen in Gebieten mit vielen Zivilisten viele Tote und Verwundete zu erwarten sind. Sie dort einzusetzen widerspricht der Genfer Konvention. Russische Einheiten haben in von ihnen kontrollierten Gebieten ethnische Säuberungen durch irreguläre Milizen gegen Georgier zugelassen. Ebenso wurde in diesen Gebieten ganze bisher von Georgiern bewohnte Dörfer oder einzelne Häuser nieder gebrannt, um ihre Rückkehr unmöglich zu machen.

Was hat Russland erreicht?

Es muss noch einmal betont werden: Für Russland war der Krieg im Kaukasus kein Krieg gegen Georgien. Es war die erste gewonnene Auseinandersetzung mit den USA nach dem Ende der Sowjetunion. Es war eine Machtdemonstration, die zeigte, dass Russland im Stande ist in seiner unmittelbaren Nachbarschaft militärisch einzugreifen, ohne dass der Westen etwas dagegen ausrichten kann. In der russischen Diskussion wird diese Machtdemonstration als erfolgreich angesehen. Und sie gilt als ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Restauration des russischen Großmachtstatus. Die offizielle Begründung für den Krieg mit Georgien, einen »Genozid« in Südossetien verhindert zu haben, spielt in russischen Expertenkreisen keine ernsthafte Rolle: Dies war ein Krieg gegen die USA/den Westen, zur Wahrung »legitimer Sicherheitsinteressen« in der unmittelbaren Nachbarschaft Russlands und ein Beweis für die wieder gewonnene russische Stärke und Bedeutung in der Welt. Und er war ein Erfolg.

Innenpolitische Folgen

Innenpolitisch schien der »kleine, siegreiche Krieg« von Beginn an ein großer Erfolg für das neue Führungst tandem zu sein. Er vertiefte die »negativen Konsolidierung« (Lew Gudkow) gegenüber äußeren Feinden, machte aber aus der »belagerten Festung« das Heerlager einer siegreichen Armee. Die ohnehin schon hohe Zustimmung in der Bevölkerung zu Premierminister Wladimir Putin erreichte mit fast 80 Prozent neue Gipfel. Wichtiger mag aber sein, dass sich nun auch die Zustimmung zum neuen Präsidenten Dmitrij Medwedjew in populistische Höhen geschraubt hat. Medwedjews Rating war Anfang des Sommers, nach einem zwischenzeitlichen Wahlkampfhoch, auf unter 40 Prozent gefallen. Nachdem er sich im Krieg als »echter Kerl«

gezeigt hat, der es den Amerikanern so richtig gibt, erreicht er nun mit über 70 Prozent fast schon Putin-sche Zustimmungsraten.

Seit der Nominierung Medwedjews durch Putin im Dezember 2007 waren in liberalen Kreisen Hoffnungen gewachsen, als neuer Präsident werde er einen zumindest ein wenig demokratischeren innenpolitischen Kurs einschlagen. Medwedjew hatte diese Hoffnung auf ein »Tauwetter« mit einer Reihe als liberale Signale verstandener Äußerungen im Wahlkampf und auch noch in den ersten Wochen als Präsident genährt. Demonstrativ beriet er sich mit dem »Institut für Moderne Entwicklung«, einem Think Tank nicht nur wirtschaftsliberaler Ökonomen, dessen Beirat er bis heute vorsitzt. Diese Hoffnungen, wie illusorisch sie auch immer gewesen sein mögen, sind mit dem Georgienkrieg vorerst zerstoßen. Im Gegenteil herrscht erneut die bleierne Stimmung aus der Wahlzeit im zweiten Halbjahr 2007 bei allen, die sich eine wie vorsichtig auch immer politische Öffnung des Putin-Regimes herbeisehnen. »Es werde kein Tauwetter oder ähnliches Gematsche (slakot')« geben, verkündete entsprechend der auch unter Medwedjew für Innenpolitik zuständige stellvertretende Leiter der Präsidentenadministration Wladislaw Surkow Mitte September vor Funktionären der Kremlpartei Einiges Russland.

Doch dann kam die Finanzkrise und dämpfte die Kriegseuphorie kräftig. Anfangs versuchte der Kreml noch, die Schuld für die noch stärker als anderswo taumelnden russischen Börsen dem Westen anzulasten. Mitte September erklärte Putin, Versuche, Russland in einen neuen Kalten Krieg zu ziehen, seien nichts anderes als eine direkte Bedrohung für den »Modernisierungskurs«, den Russland unter seiner Regierung eingeschlagen habe. Medwedjew assistierte zeitgleich: Es werde nicht gelingen, Russland vom Pfad in Richtung Demokratie abzubringen, um danach auf das Land zu zeigen und zu sagen, man habe ja immer gewusst, das Russland zu Demokratie schlicht nicht fähig sei. Allerdings scheint sich dann allmählich die Erkenntnis durchgesetzt zu haben, dass Russland diese Krise nicht besser als andere Länder und schon gar nicht allein zu überstehen in der Lage sein wird. Nach anfänglichen Gerüchten um eine Ablösung des wirtschaftsliberalen Finanzministers Alexej Kudrin scheint er inzwischen als Krisenmanager unersetzlich. Ein wichtiges Anzeichen dafür ist die Freilassung von Kudrins Stellvertreter Sergej Stortschak aus der Untersuchungshaft Mitte Oktober. Stortschak hatte dort unter der Anschuldigung einen zweistelligen Dollar-Millionenbetrag veruntreut zu haben fast ein Jahr zugebracht. Die Verhaftung

war allgemein als Versuch von konkurrierenden Machtgruppen angesehen worden, Druck auf Kurdin auszuüben, um Zugang zu den in den Jahren der Ölhaussiege angehäuften Staatsreserven zu bekommen. Nun in der Krise scheinen sich Putin und Medwedjew zugunsten des wirtschaftlichen Sachverständigen von Kurdin und Stortschak entscheiden zu haben.

Die Finanzkrise trifft Russland inzwischen stärker als fast alle anderen Länder. Seit Beginn des Jahres sind die beiden wichtigsten russischen Aktienindizes RTS und MMWB um mehr als 70 Prozent gefallen. Der Vertrauensverlust innerhalb der russischen Wirtschaft scheint ebenfalls größer zu sein als anderswo. Dazu haben der russische Staat und seine obersten Vertreter nicht unerheblich beigetragen. Bereits Anfang des Jahres begann die russische Seite des bisherigen internationalen Vorzeige-Joint-Ventures TNK-BP, der nach Rosneft und Lukoil drittgrößte russische Erdölförderer, ihre britischen Partner aus dem Konzern zu drängen. Der russische Staat verhielt sich dabei nicht neutral, sondern unterstützte mehr oder weniger offen die russischen TNK-Eigner gegen die britische BP. Am 24. Juli 2008 beschuldigte Premierminister Putin dann den russischen Stahlkonzern Mechel, in großem Maße Steuern hinterzogen zu haben. Daraufhin brachen die Börsennotierungen für Mechel binnen eines Tages um mehr als 30 Prozent ein, ein Wertverlust von fünf Milliarden US-Dollar. Beide Ereignisse zeigten Investoren, vor allem aus dem Ausland, dass Investitionen in Russland unter einer unkontrollierten Regierung erhebliche politische Risiken bergen. Der Krieg gegen Georgien erhöhte diese Befürchtungen noch einmal. Das Investitionssaldo der Vorjahre wandelte sich in ein immer größer werdendes Defizit. Erstmals floss wieder mehr Kapital aus Russland ab als ins Land hinein. Diese bedrohliche Entwicklung bedroht nicht nur die Modernisierungsstrategie des Kreml, sondern die Stabilität eines politischen Systems insgesamt, das einen großen Teil seiner Legitimität aus einem enormen, vor allem durch die Rohstoffhaussiege der letzten Jahre befeuerten Wohlstandsgewinn bezieht.

Noch ist auch unklar, wie sich die Anerkennung von Abchasien und Südossetien mittelfristig im Nordkaukasus auswirkt. In Tschetschenien hat Russland seit 1999 genau das gemacht, weshalb jetzt gegen Georgien Krieg geführt wurde. Mit brutaler Gewalt und mit weit mehr, aber ebenfalls meist zivilen Opfern wurde ein abtrünniger Landesteil wieder unter Moskauer Macht gezwungen. Schon vor einigen Jahren hatte der russische Politologe Sergej Karaganow machtpolitisch-zynisch erklärt was der Kreml nun exerziert: Der Unterschied zwischen Abchasien und Kosovo auf der einen und Tschetschenien auf der

anderen Seite sei schlicht, dass Russland stark genug sei, Tschetschenien auch gewaltsam zu halten. Georgien und Serbien zeigten diese Härte nicht. Dieser Zynismus mag in der internationalen Politik Eindruck machen. Im weiter unruhigen Nordkaukasus dürfte er eher zu mehr und neuen Ressentiments gegen Moskau führen.

Außenpolitische Folgen

Wie auch immer die Schuldfrage am Krieg in Georgien geklärt werden wird (und das wird angesichts der langen und verwickelten Vorgeschichte schwer genug werden): Russland reklamiert als Ausgang des Kriegs neue Stärke und neues Selbstbewusstsein für sich. Die schnelle Anerkennung Abchasiens und Südossetiens könnten sich aber auf lange Sicht als strategischer Fehler erweisen. Soweit erkennbar erfolgte dieser Schritt vor allem, um zu zeigen, dass nicht nur die NATO (aus russischer Sicht heißt das immer: die USA) souverän zu handeln in der Lage ist. Eine zynische und in Russland gegenwärtig verbreitete Sicht knüpft den Status einer Großmacht an eben diese Souveränität. Diese Souveränitätsdemonstration ist durchaus gelungen. Der kremlnahe Politologe Wjatscheslaw Nikonow drückte das beim Petersburger Dialog Anfang Oktober 2008 so aus: Russland habe militärisch eingegriffen und Abchasien und Südossetien anerkannt. Wenn andere Mächte etwas dagegen hätten, müssten sie zur Gewaltanwendung bereit sein. Er, Nikonow, sähe diese Bereitschaft nicht. Womit er glücklicherweise Recht hat.

Das hat sicher nicht nur in Russland und im Westen Eindruck gemacht. Allerdings hat dieser Sieg eine Rückseite. Niemand außer Nicaragua (und der Hamas) ist bis Mitte Oktober dem russischen Schritt gefolgt und hat Südossetien und Abchasien völkerrechtlich anerkannt. Weder im gegenseitigen Verteidigungsbündnis mit Russland stehenden GUS-Staaten wie Kasachstan, Belarus oder Usbekistan, noch China, Indien oder gar der Iran und Venezuela sind Russland trotz intensivstem diplomatischen Drängen gefolgt. Eine Allianz gegen den Westen lässt sich offensichtlich mit dessen Argumenten nicht aufbauen, wenn man zuvor versucht hat gerade gegen diese Argumente Front zu machen. Wer den Kosovo nicht anerkannt hat, weil es im eigenen Land Territorialkonflikte oder ethnische Konflikte gibt oder weil er dem Westen grundsätzlich nicht folgen wollte, ist nicht einfach so bereit Abchasien und Südossetien anzuerkennen, nur weil es gegen den Westen geht.

Das Dilemma des Westens

Die neue Aggressivität, mit der Russland einen »legitimen« Einflussbereich an seinen Grenzen für sich bean-

sprucht, drängt ein seit Anfang der 1990er Jahre bestehendes strategisches Dilemma des Westens erneut in den Vordergrund. Denjenigen Ländern, die eine Allianz mit dem Westen wollen (und Schutz vor Russland suchen), bieten sich zwei Perspektiven: der Beitritt zur NATO und der Beitritt zur EU. Alle ehemals im Machtbereich der Sowjetunion liegenden Länder Mittel- und Osteuropas haben beide Möglichkeiten angeboten bekommen und beide Optionen gewählt. Sie sind alle inzwischen Mitglieder sowohl der NATO als auch der EU. Bei den meisten erfolgte der Beitritt auch in dieser Reihenfolge. Mit der Ukraine und Georgien wollen nun erstmals zwei ehemalige Sowjetrepubliken in die NATO und letztlich auch in die EU.

Während die Erweiterung der EU nach Osten sowohl von der politischen Elite als auch der Bevölkerung in Russland weitgehend akzeptiert, ja teilweise sogar begrüßt wird, wurde und wird die NATO-Erweiterung vehement abgelehnt. Das ist keine neue Entwicklung und hat nur wenig mit der undemokratischen und teilweise antiwestlichen innenpolitischen Entwicklung in Russland unter Putin zu tun. Auch in den 1990er Jahren unter Präsident Boris Jelzin war die Ablehnung der NATO-Osterweiterung in der Bevölkerung ähnlich hoch. Doch diese Ablehnung passte weder zum prowestlichen Kurs Jelzins, noch zur wirtschaftlichen und politischen Schwäche des damaligen Russland. Das in Russland weit verbreitete Gefühl, durch die NATO-Erweiterung entgegen Versicherungen bei den 2 plus 4 Verhandlungen betrogen worden zu sein und die Wahrnehmung der NATO als gegen Russland gerichtetes Bündnis, hat sich bis heute immer gehalten. Es ist ein wichtiges, kaum zu unterschätzendes Element des Erfolgs antiwestlicher Politik in Russland. Verstärkt wird dieses Gefühl durch die im Westen oft anzutreffende Unaufrichtigkeit zu behaupten, die NATO-Osterweiterung sei nicht gegen Russland gerichtet. Gegen wen, wenn nicht gegen Russland (und ein wenig, der Erinnerung wegen, gegen Deutschland) drängten Polen oder die baltischen Staaten so vehement in die NATO. Auch die unilaterale Politik der US-Regierung hat zum äußerst negativen Image der NATO beigetragen. Die Versicherungen der NATO, man sei demokratisch und damit ganz friedlich, hören sich in vielen russischen Ohren wie die fröhlichen Rufe mancher Großhundebesitzer an, die Töle, die da leinenlos auf einen zu galoppiert, sei ganz lieb und beiße nicht. Mag ja sein. Was aber, wenn nicht? Es waren die USA, die den ABM-Vertrag gekündigt und das Start-II-Abkommen nicht ratifiziert haben.

Weshalb wollen nun die Ukraine und Georgien NATO-Mitglieder werden? Was heißt das für die Reak-

tion des Westens auf den Georgienkrieg? Es besteht die moralische Verpflichtung Georgien und der Ukraine ein dort als ausreichend ernst gemeintes Signal ihrer künftigen Zugehörigkeit zum Westen zu geben. Gleichzeitig ist es politisch notwendig, dass dieses Signal auch in Russland als nicht nur symbolisch wahrgenommen wird, ohne alle Brücken abzubauen. Das ist eine fast unerfüllbare Aufgabe, zumindest theoretisch. Kurzfristig ist Russland gegenwärtig in einer Win-Win-Position. Sollte zum Beispiel die NATO Georgien und der Ukraine einen Membership Action Plan (MAP) anbieten (der nicht in jedem Fall zur Mitgliedschaft führen muss), dann wird das in den Augen der meisten Menschen in Russland ihren aggressiven Charakter bekräftigen. Putin und Medwedjew hätten dann also recht. Sollte die NATO Georgien und der Ukraine kein eindeutiges Angebot machen, würde das in den Augen vieler Menschen aber nur zeigen, dass es sich lohnt, wie Putin bestimmt und hart gegenüber dem Westen zu sein. Es wäre der Beweis, dass der Westen schwach ist und man nur energisch und entschlossen genug handeln müsse, um ihn in die Knie zu zwingen.

Es gibt zudem einen wichtigen Unterschied zwischen Georgien und der Ukraine. In Georgien begrüßt eine Bevölkerungsmehrheit eine NATO-Mitgliedschaft, in der Ukraine dagegen nicht. Das Beitrittsersuchen der Ukraine entspringt in erster Linie dem Wunsch des jetzigen Präsidenten und seiner politischen Anhänger, an der Macht zu bleiben. Sollte die NATO darauf eingehen, könnte sich das als Pyrrhussieg erweisen. Langfristig lassen sich die Vorbehalte großer Teile der ukrainischen Bevölkerung gegenüber der NATO nicht im Hau-Ruck-Verfahren überwinden. Das westliche Demokratieversprechen wurde in Osteuropa zwar vor allem durch die Verbindung von ersten Demokratieerfahrungen mit wirtschaftlichem Niedergang und politischem Chaos denunziert. Doch auch außenpolitisch vielleicht sinnvolle unterschiedliche Standards haben ihr übriges dazu beigetragen.

Besser wäre ein Signal aus der EU an Georgien und die Ukraine mit einer Perspektive einer Annäherung über die übliche Nachbarschaftspolitik hinaus. Das Solidaritätszeichen wäre gleich groß, die negativen Auswirkungen auf das Verhältnis zu Russland unvergleichlich kleiner. Leider ist so etwas angesichts der inneren Probleme der EU und des Verfassungskonflikts in naher Zukunft, und nur die zählt, ausgeschlossen. Immerhin

hat die EU durch die Vermittlung des Waffenstillstands, die Beobachtermission und mit den Beschlüssen des Sondergipfels Anfang September erstmals seit langem geschlossen und angemessen auf Russland reagiert.

Aus dem Dilemma gibt es kurzfristig keinen Ausweg. Glücklicherweise gewähren die Präsidentenwahlen und die politische Krise in den USA noch ein wenig Zeit zum Nachdenken. Auf dem nächsten NATO-Außenministertreffen Anfang Dezember wird es keinen Beschluss zur Ukraine geben, schlicht weil es keine Anfrage von ukrainischer Seite geben wird. Aber im nächsten Jahr, spätestens wenn die neue US-Administration handlungsfähig ist, muss eine Antwort gefunden werden. Wenn es gut geht, wird sie mehrdeutig ausfallen. Die NATO sollte Georgien und der Ukraine (so die neue US-Regierung das überhaupt noch will, nicht wenige Politiker im Westen hoffen darauf, dass das nicht der Fall sein wird) ein Angebot der institutionellen Zusammenarbeit unterhalb des MAP machen. Die EU sollte endlich den Weg für ernsthafte Verhandlungen zu einem neuen Partnerschafts- und Kooperationsabkommen frei machen. Gerade in der gegenwärtigen angespannten Situation nutzt Sprachlosigkeit niemandem. Zu guter Letzt sollte der Westen positiv auf die russische Initiative zu einer neuen Sicherheitsstruktur in und für Europa reagieren. Das wäre ein Weg, über den die USA ihren Weg zurück in internationale Rechtsverhältnisse finden können. Eine neue und effektive Russlandpolitik wird nur als Teil einer Erneuerung des internationalen Rechtssystems funktionieren. Natürlich hat die Initiative auch den Hintersinn, das transatlantische Verhältnis und die NATO zu schwächen. Aber der Westen sollte nicht so kleinmütig sein und sich vor Russland fürchten. Engere Zusammenarbeit und offenerer Austausch stärken auf lange Frist immer eher demokratische und offene Gesellschaften als geschlossene und undemokratische.

Doch die größte Hoffnung und die größte Gefahr gehen gegenwärtig paradoxer Weise nicht mehr von den Konflikten zwischen Russland und dem Westen aus, sondern von der Finanzkrise. Wenn es schief geht und Russland wirtschaftlich abrutscht, besteht die Gefahr einer weiteren Verschärfung des nationalistischen Diskurses. Wenn es gut geht und die Krise auch dank verstärkter Zusammenarbeit überwunden werden kann, kann das diejenigen Kräfte in Russland stärken, die für mehr Offenheit und eine liberalere Politik stehen.

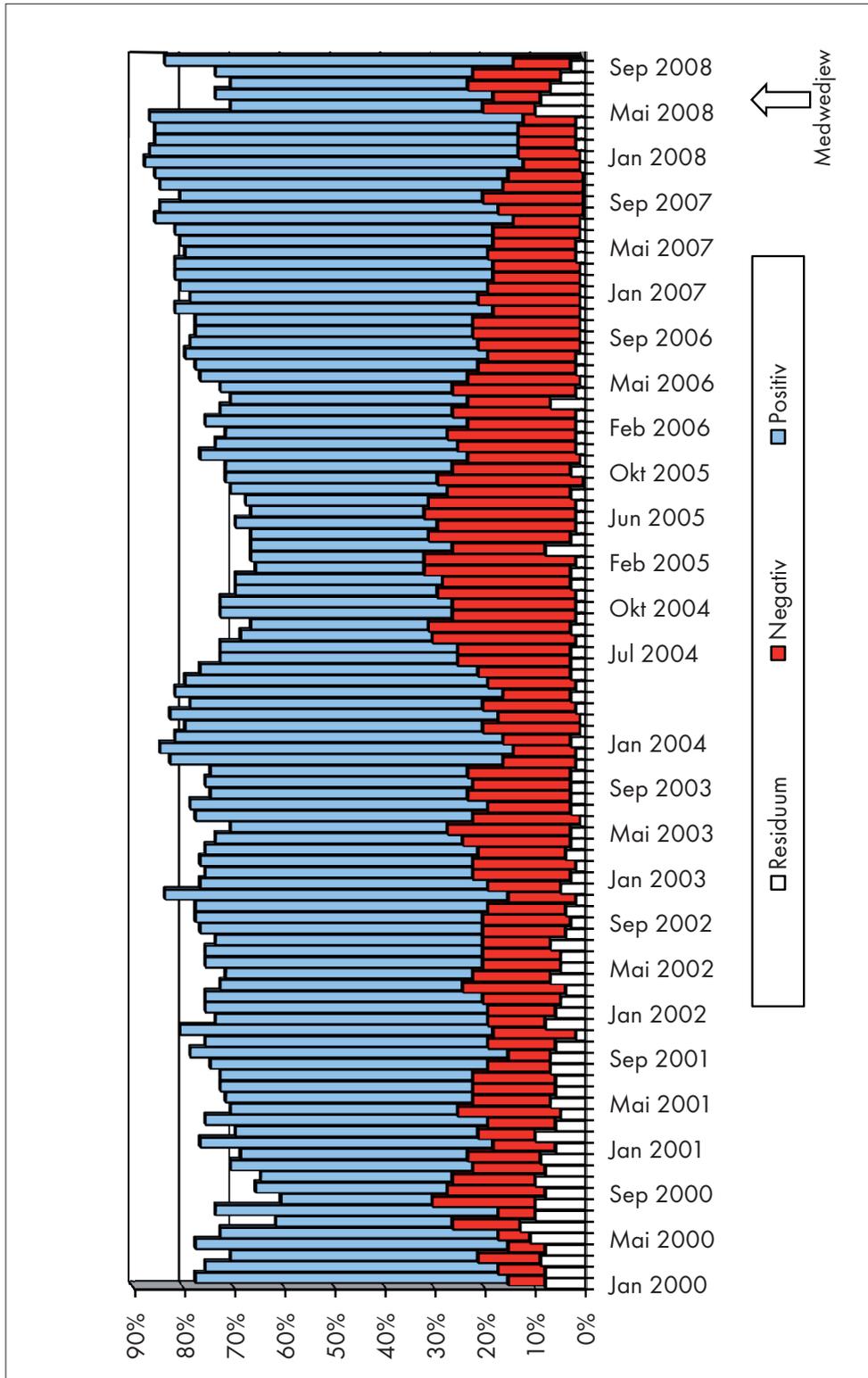
Über den Autor

Jens Siegert ist Leiter des Länderbüros Russland der Heinrich Böll Stiftung in Moskau. Zuvor arbeitete er zehn Jahre in Moskau als Korrespondent für deutschsprachige Printmedien und Radiosender.

Ratings

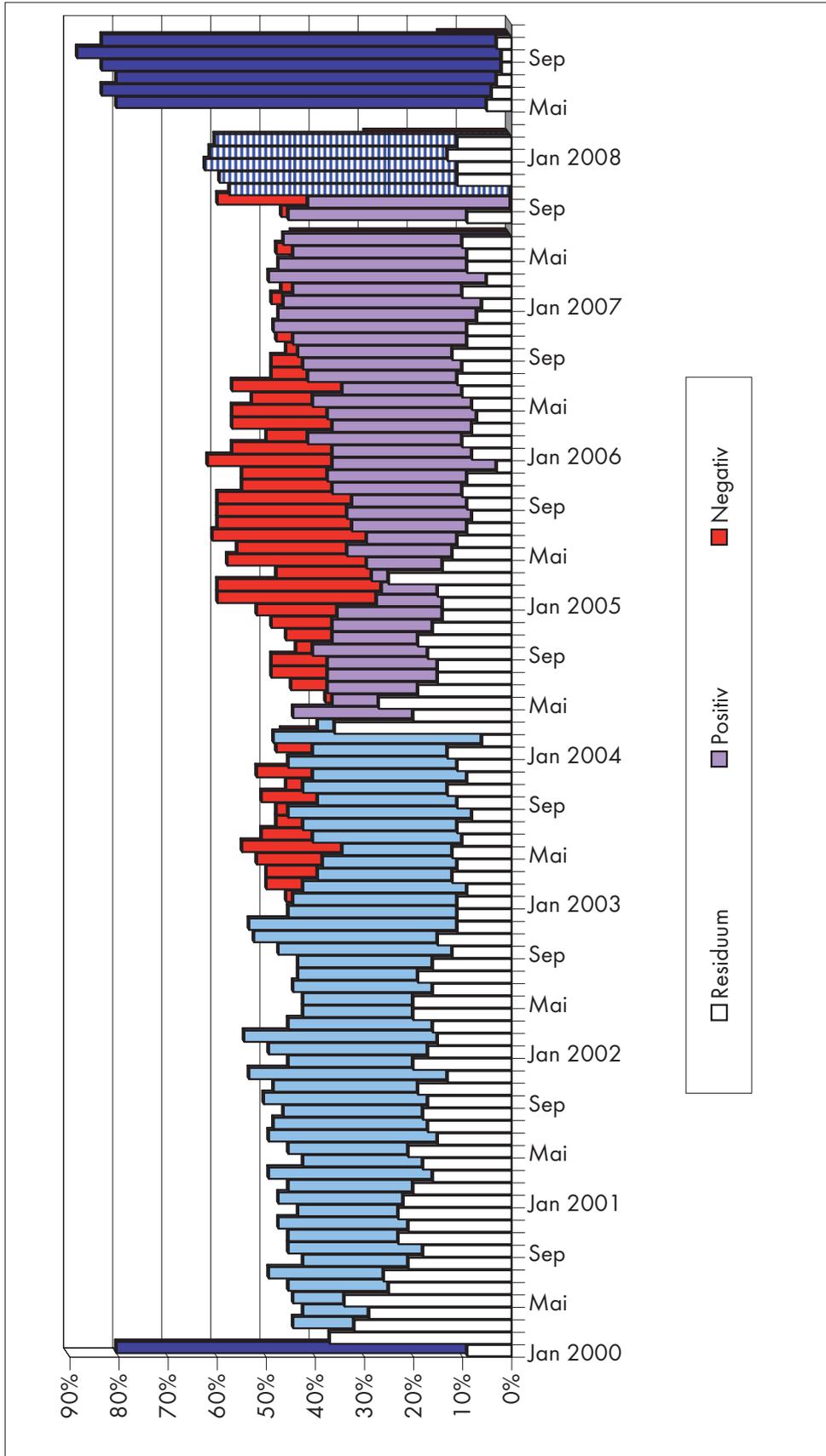
Vertrauen zu Regierung und Politik in Russland

Wie bewerten Sie die Tätigkeit Putins/Medwedjews als Präsident Russlands?



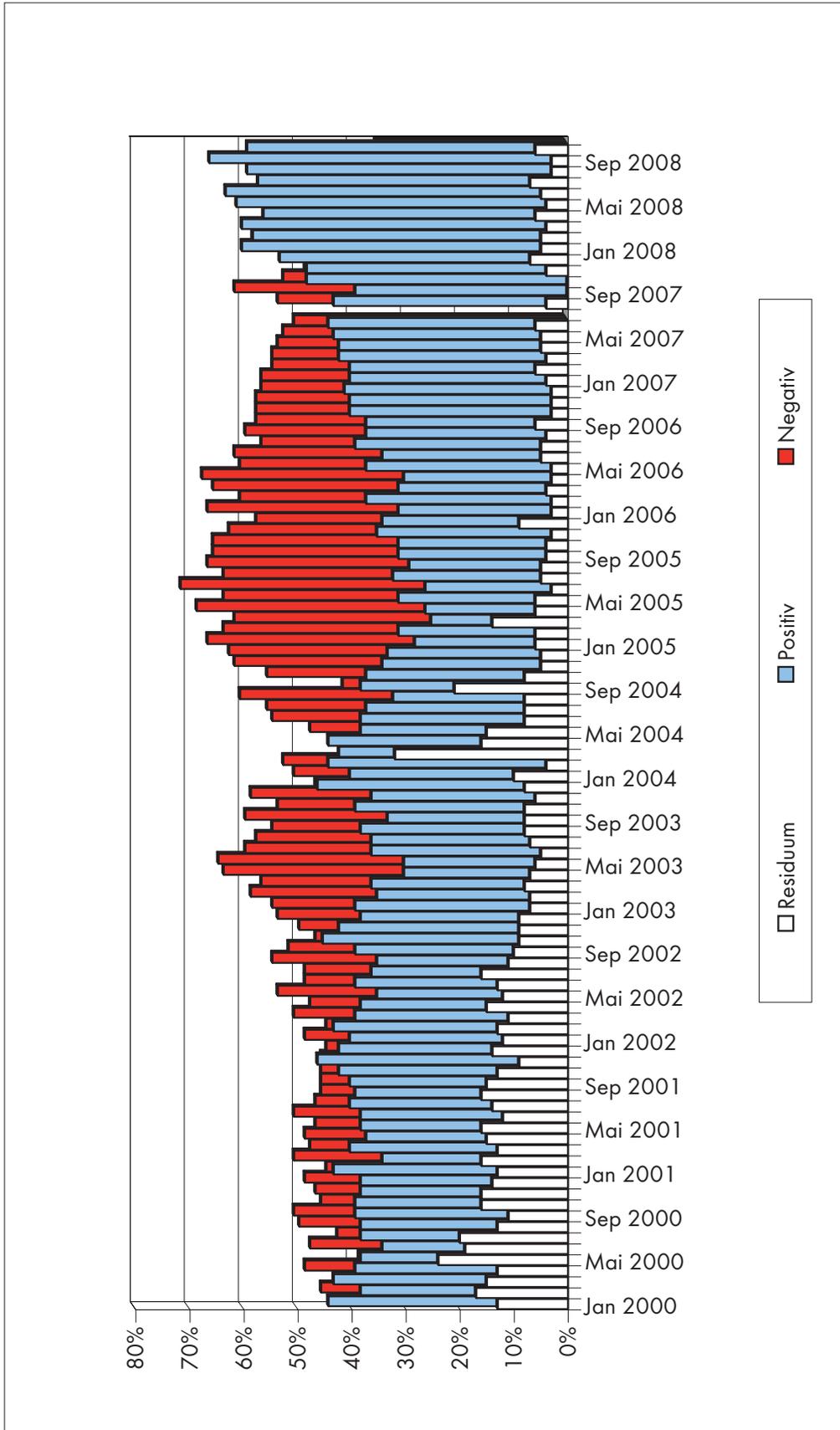
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums <http://www.levada.ru/prezident.htm>; <http://www.levada.ru/pravitelstvo.html>;

Wie bewerten Sie die Tätigkeit des russischen Ministerpräsidenten?



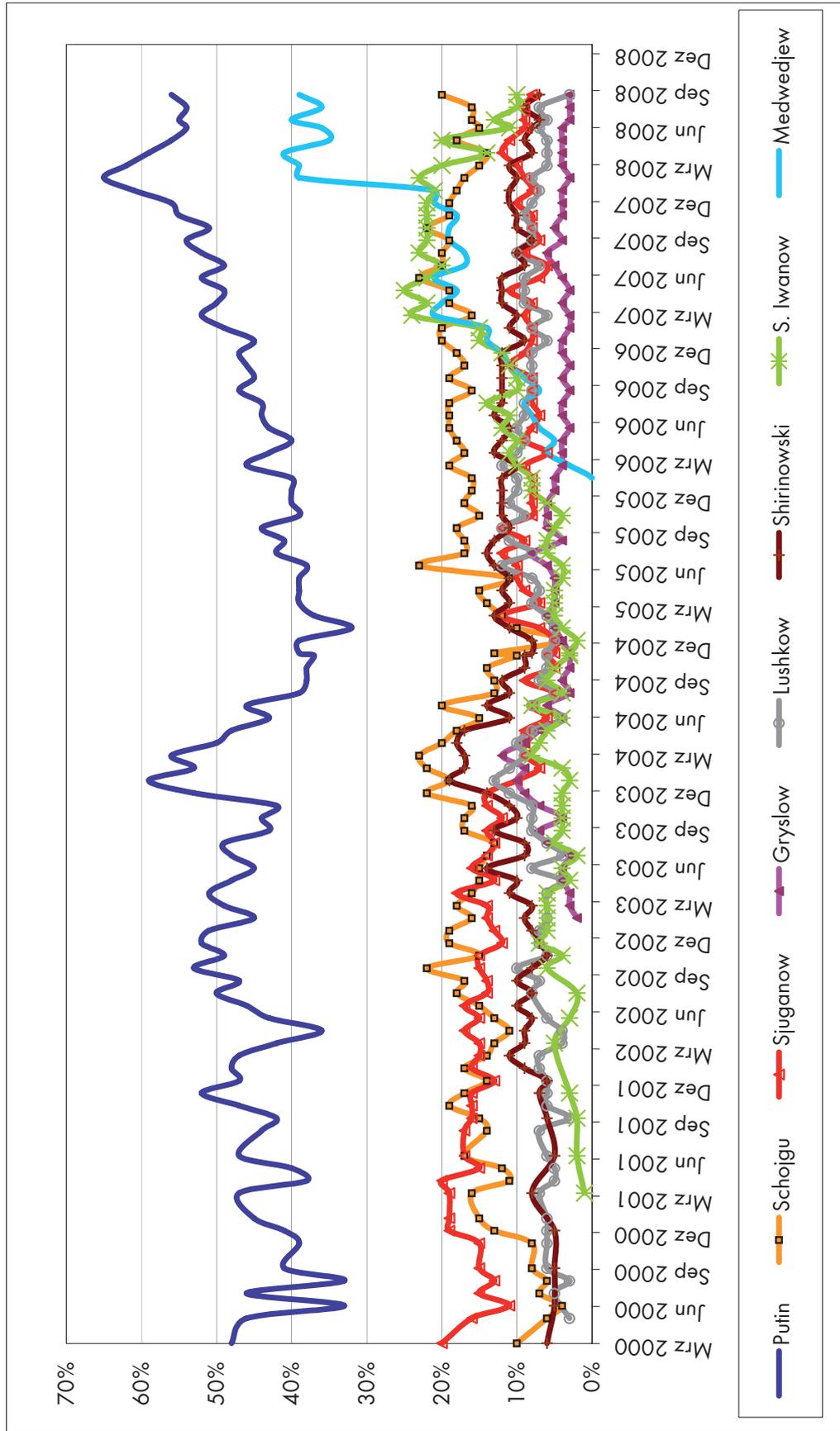
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums <http://www.levada.ru/prezident.htm>; <http://www.levada.ru/pravitelstvo.html>;

Wie bewerten Sie die Tätigkeit der russische Regierung?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums <http://www.levada.ru./prezident.htm>; <http://www.levada.ru./pravitelstvo.html>;

Nennen Sie 5-6 Politiker, denen Sie vertrauen

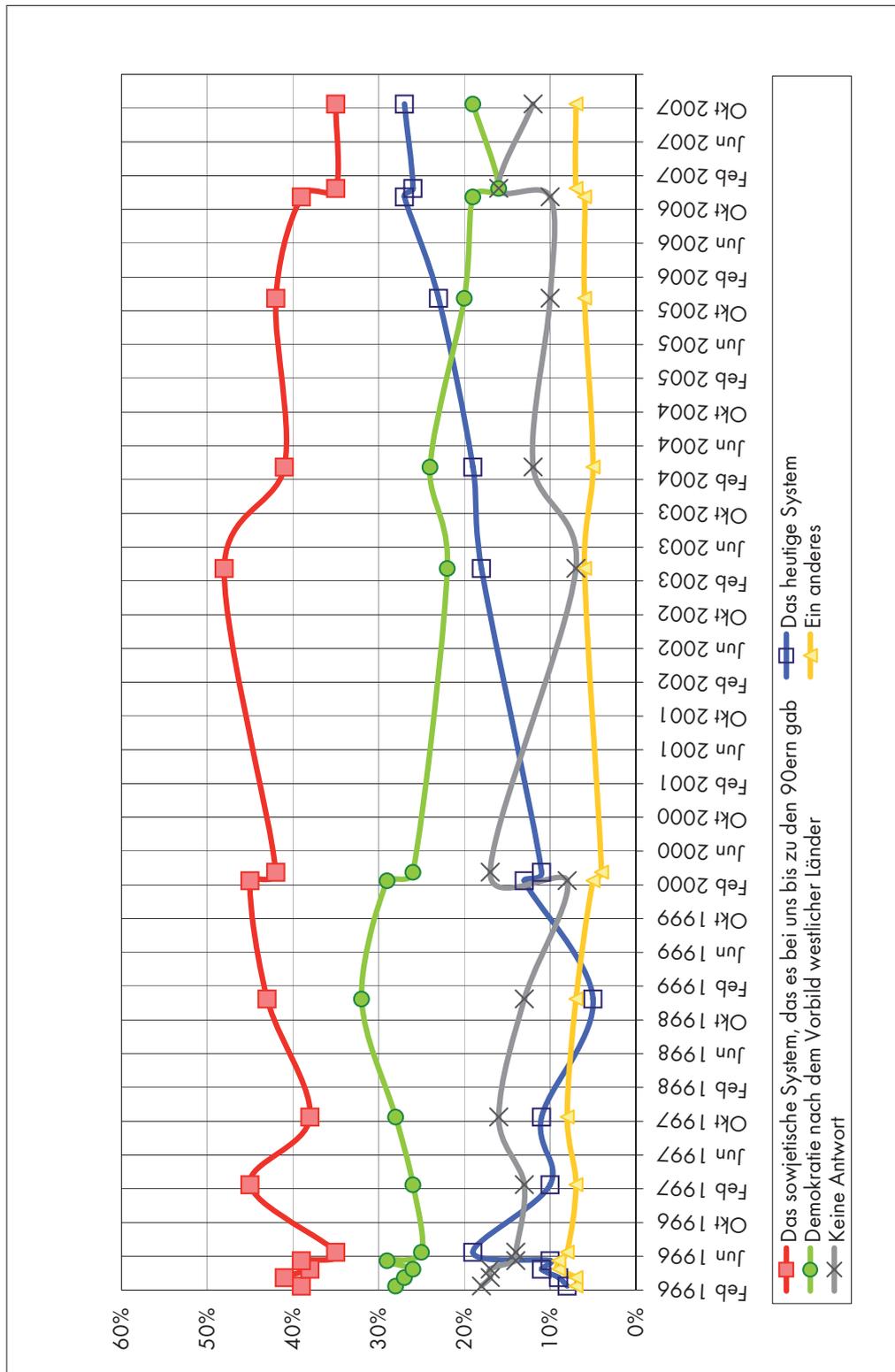


Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums <http://www.levada.ru/prezident.htm>; <http://www.levada.ru/pravitelstvo.html>;

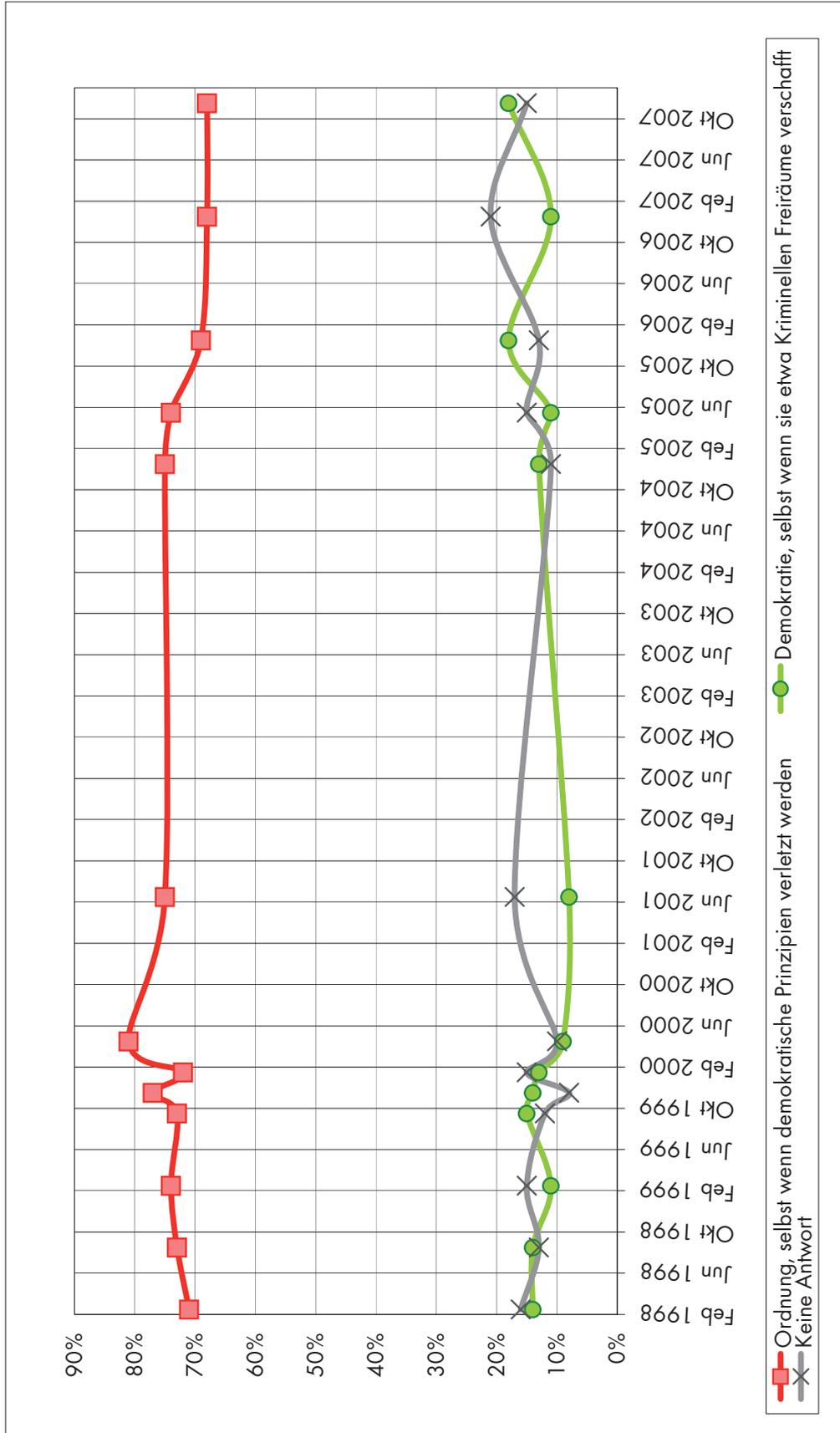
Umfrage

Systemorientierung der russischen Bevölkerung

Welches politische System halten Sie für das beste?

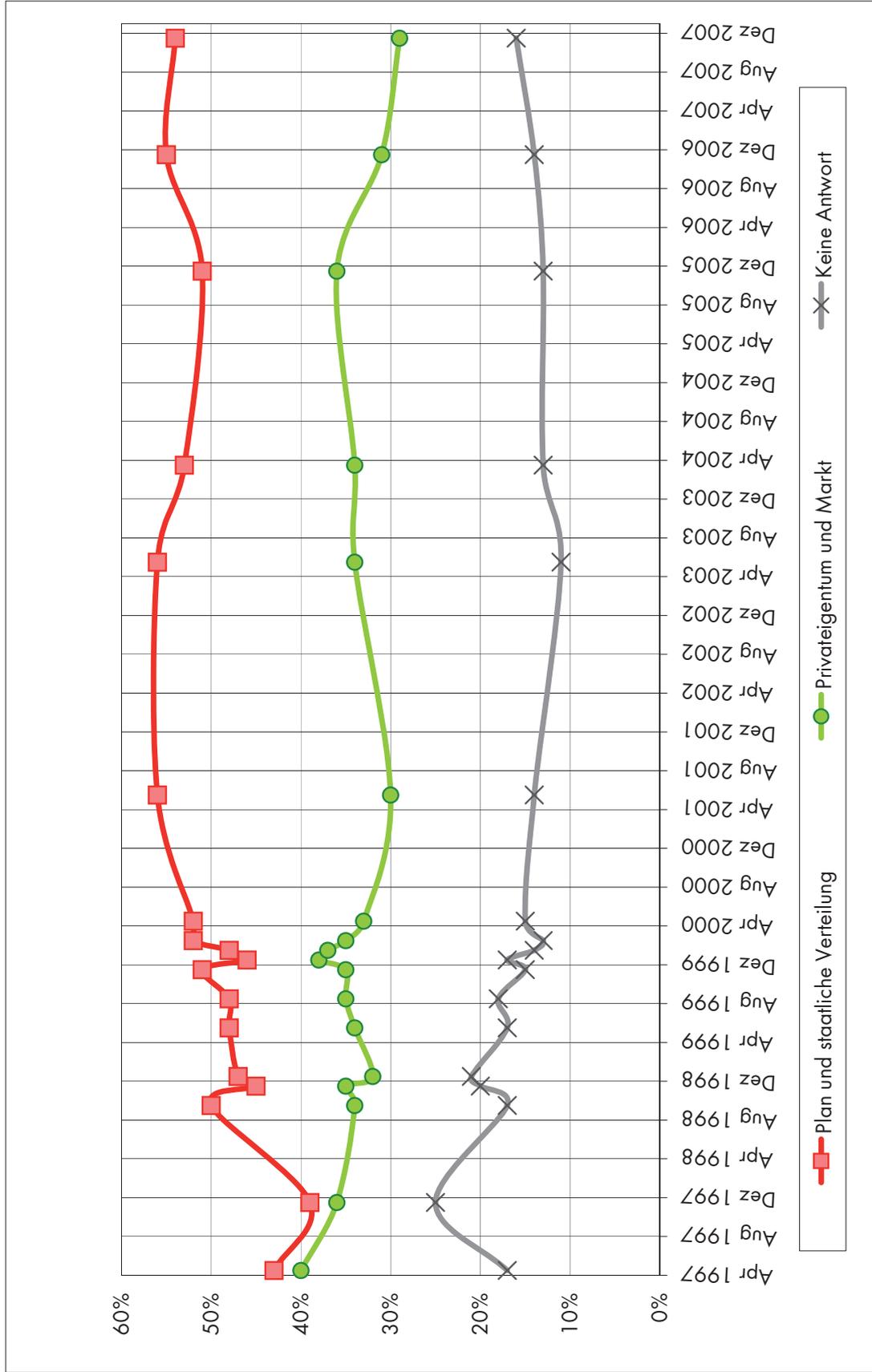

 Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums www.levada.ru/tab102.html, www.levada.ru/tab109.html, www.levada.ru/tab108.html

Welche politische Ordnung bevorzugen Sie?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums www.levada.ru/tab102.html, www.levada.ru/tab109.html, www.levada.ru/tab108.html

Welches Wirtschaftssystem halten Sie für richtiger?

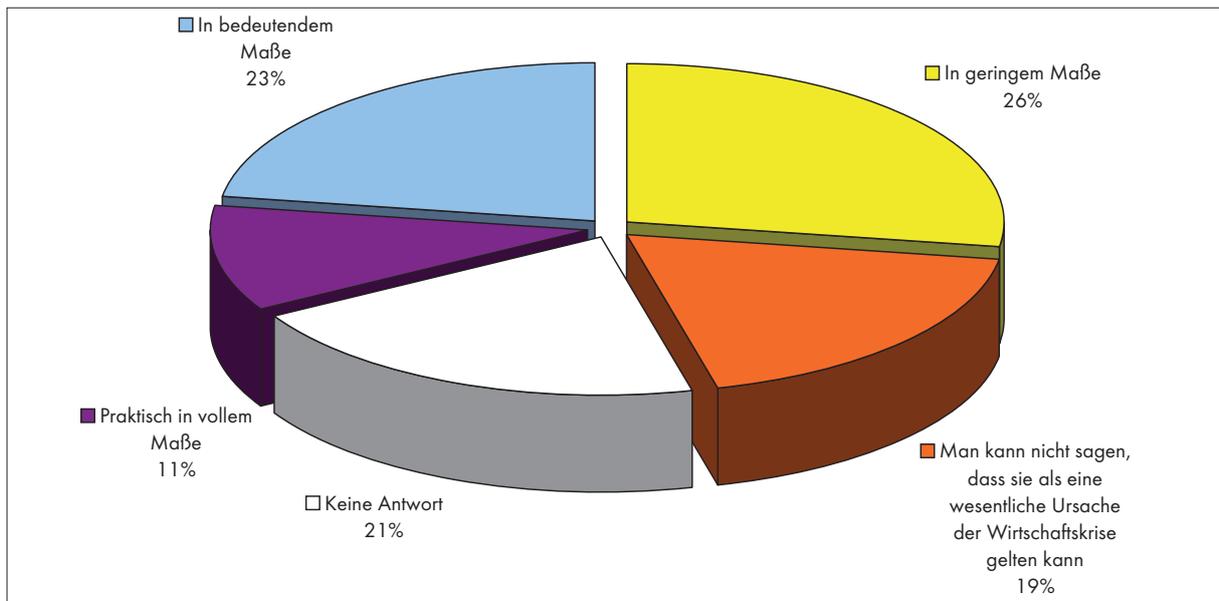


Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums www.levada.ru/tab102.html, www.levada.ru/tab109.html, www.levada.ru/tab108.html

Umfrage

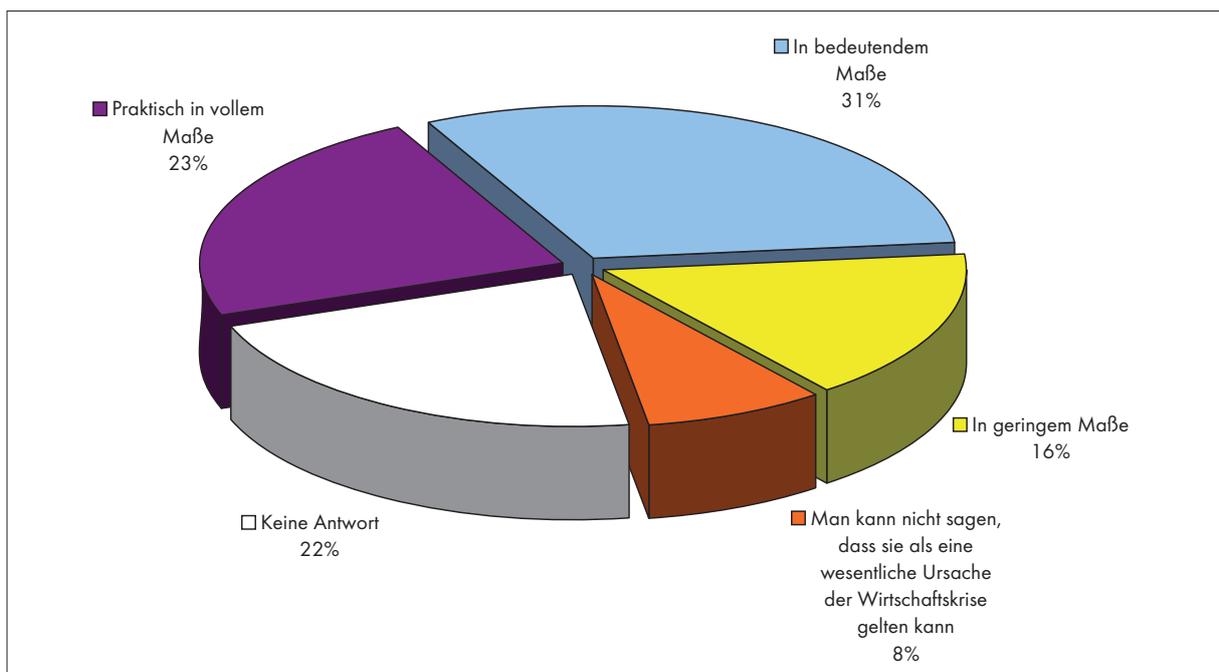
Die Russen und das liebe Geld

Ist die russische Finanzkrise Folge der Politik der russischen Regierung?



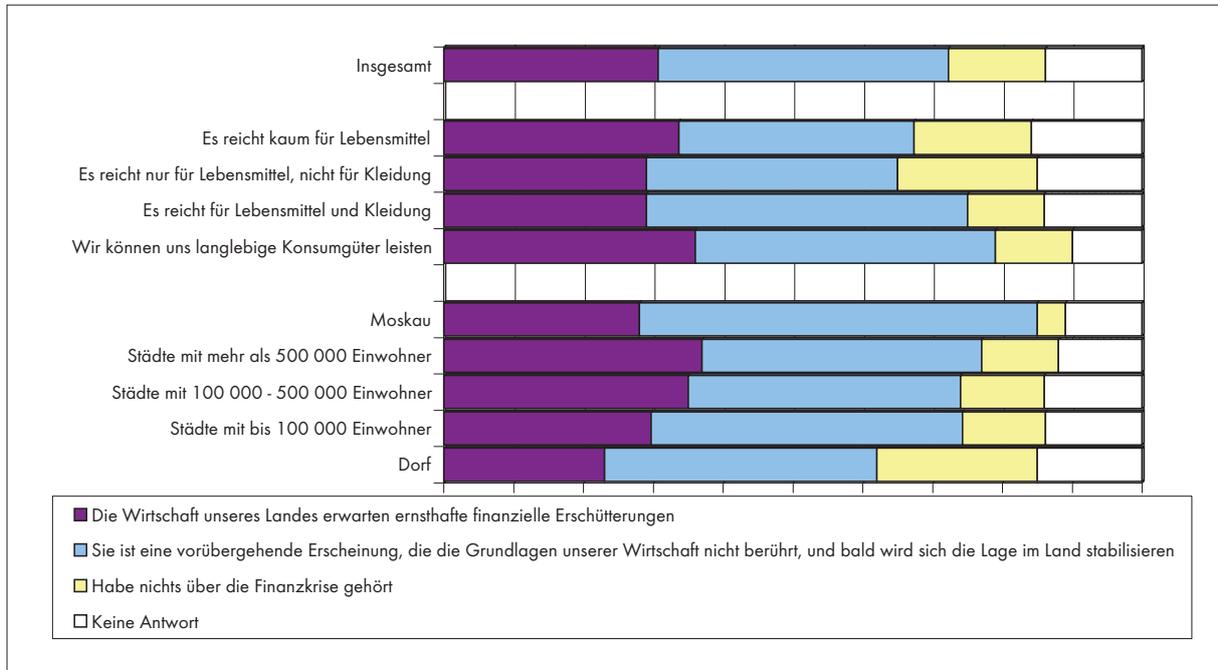
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 10.–14. Oktober 2008 <http://www.levada.ru/press/2008101700.html>

Inwiefern ist die Finanzkrise in Russland Folge der Weltfinanzkrise?



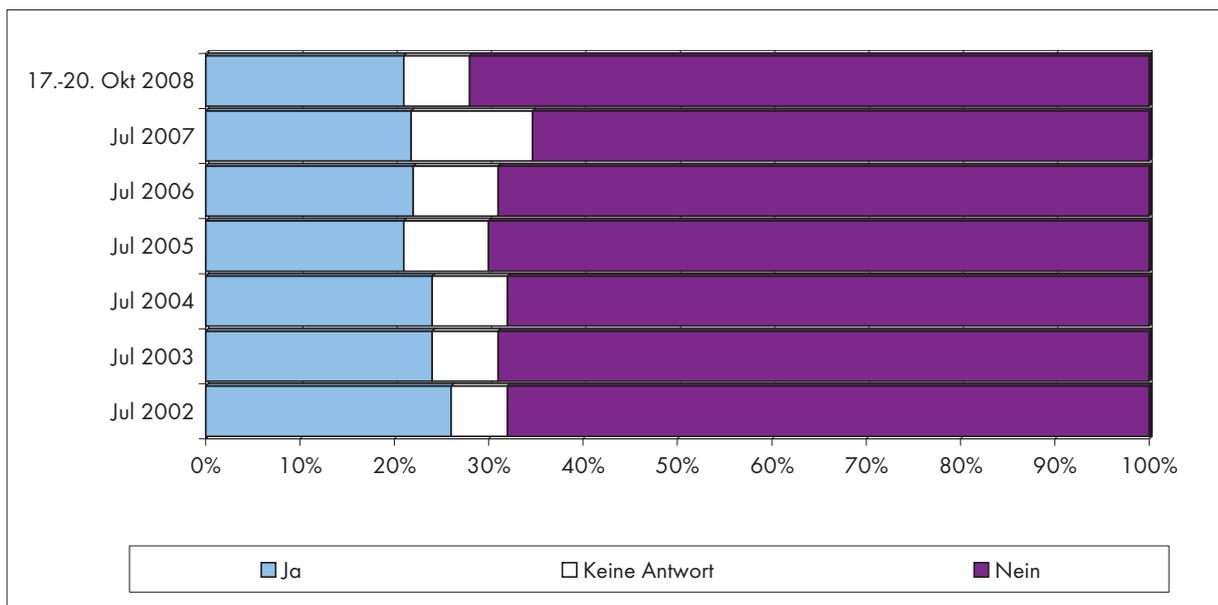
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 10.–14. Oktober 2008 <http://www.levada.ru/press/2008101700.html>

Wie beurteilen Sie die russische Finanzkrise?



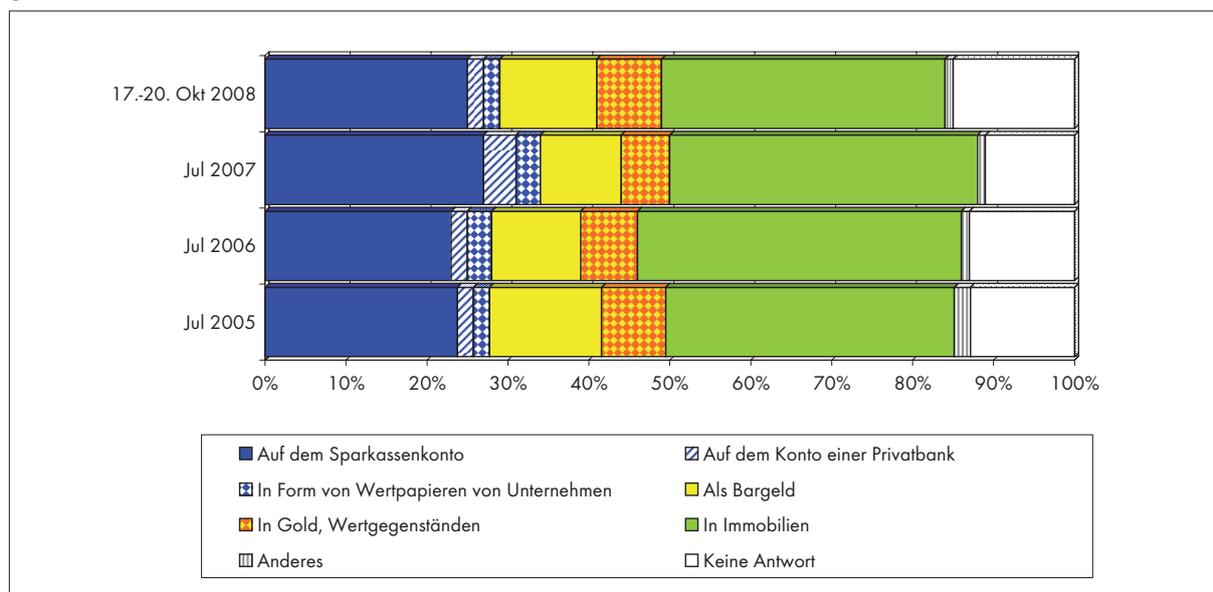
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 10.–14. Oktober 2008 <http://www.levada.ru./press/2008101700.html>

Haben Sie oder Ihre Familie zur Zeit Ersparnisse oder Rücklagen?



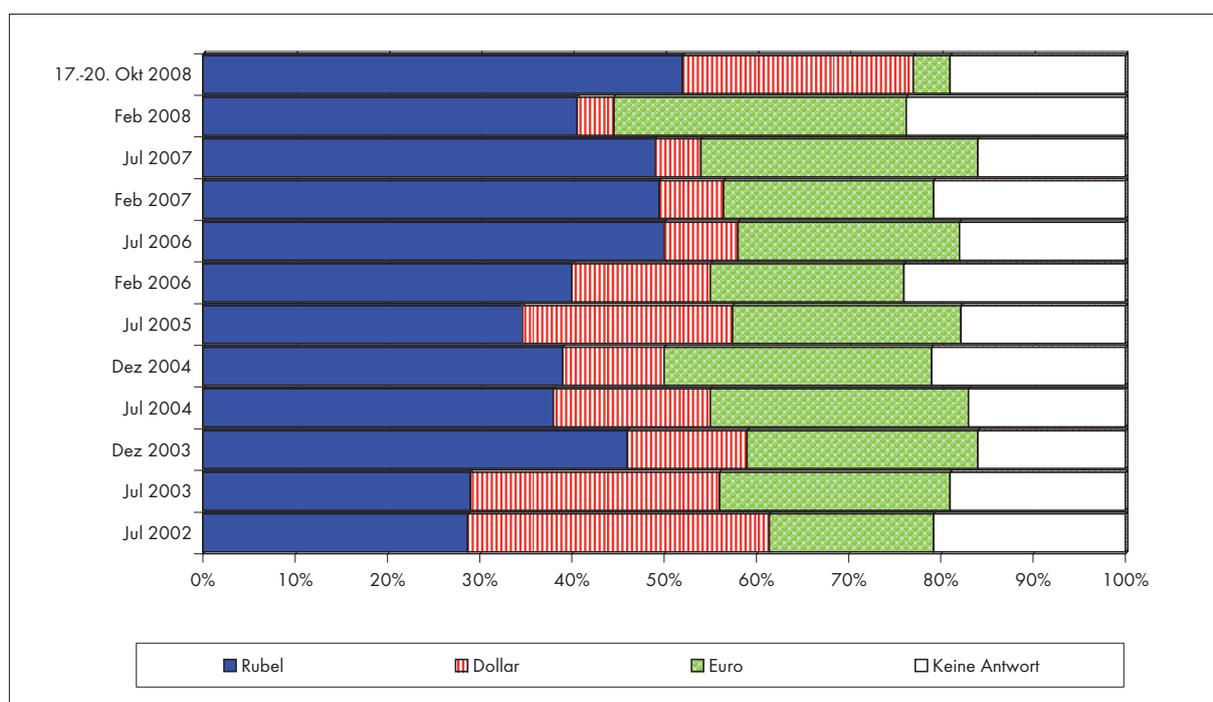
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 17.–20. Oktober 2008 <http://www.levada.ru./press/2008102304.html>

Welche Aufbewahrungsform für Ersparnisse und Rücklagen wirft Ihrer Meinung nach den größten Gewinn ab und ist am sichersten?



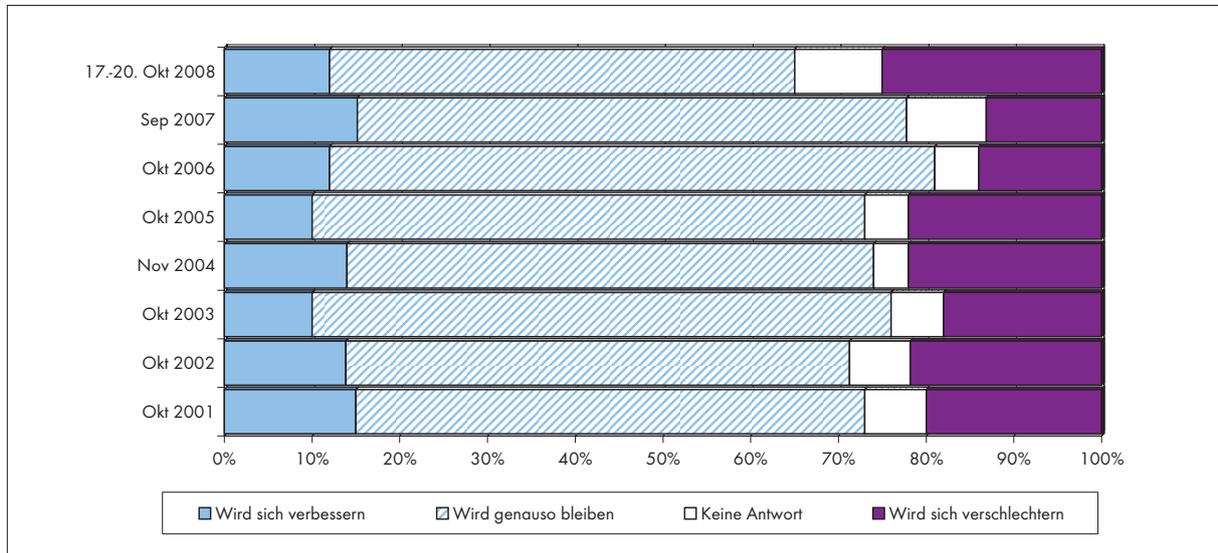
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 17.–20. Oktober 2008 <http://www.levada.ru./press/2008102304.html>

Welche Währung ist Ihrer Meinung nach für die Aufbewahrung von Ersparnissen, Rücklagen am gewinnbringendsten und sichersten?



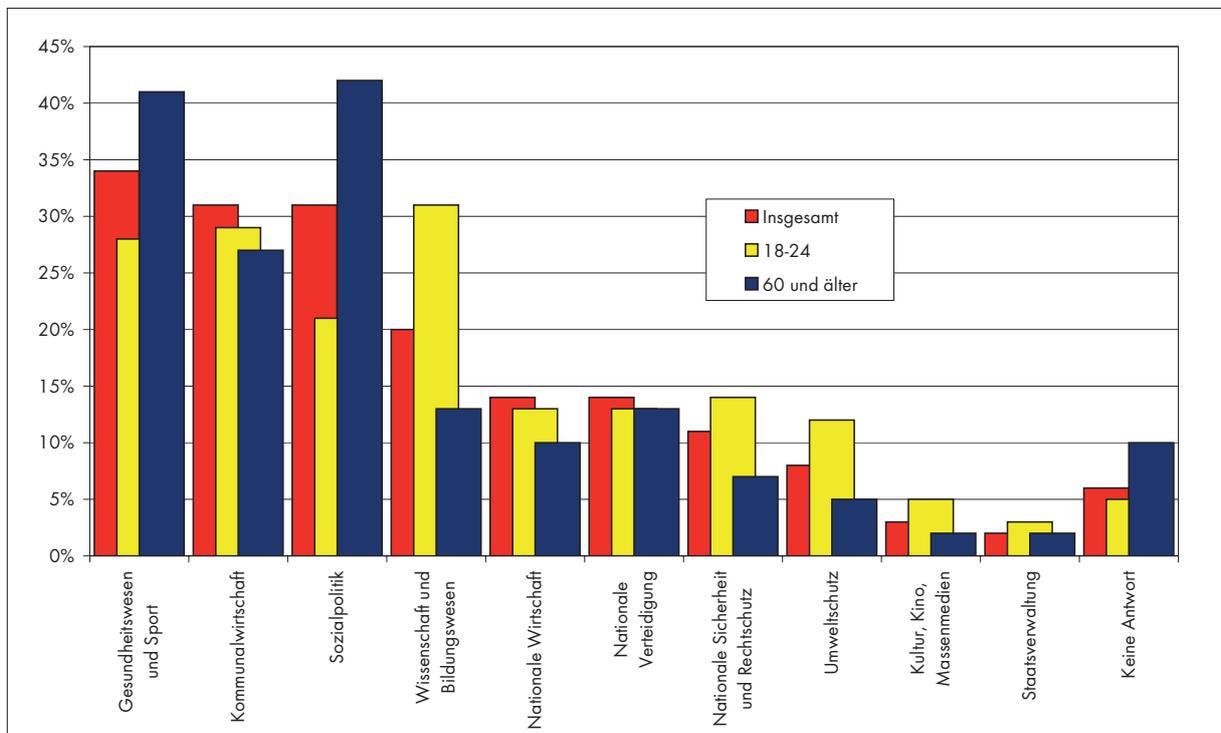
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 17.–20. Oktober 2008 <http://www.levada.ru./press/2008102304.html>

Wie wird sich die Wirtschaftslage in den nächsten sechs Monaten entwickeln?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 17.–20. Oktober 2008 <http://www.levada.ru./press/2008102304.html>

Welche Posten des Staatshaushalts sollen in den Jahren 2009 bis 2011 in erster Linie erhöht werden? (Geschlossene Frage, nicht mehr als zwei Antworten)



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 4.–5. Oktober 2008 <http://wziom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/10858.html>

Chronik

Vom 15. bis zum 30. Oktober 2008

15.10.2008	Das Moskauer Militärgericht eröffnet die Vorverhandlung im Mordfall Anna Politkowskaja. Die Familie hatte gebeten, das Verfahren zu verschieben, da ihre Anwältin, Karina Moskalenko, die in Straßburg am Internationalen Gerichtshof für Menschenrechte arbeitet, sich unwohl fühlt. Es wird der Verdacht auf Vergiftung geäußert, da in ihrem PKW unbekannte Substanzen gefunden wurden. In der Folge stellt sich heraus, dass der Vorbesitzer des Wagens ein Thermometer zerbrochen hatte und es sich nicht um einen Anschlag handelt.
15.10.2008	Der russische Außenminister Sergej Lawrow führt in Moskau Gespräche mit seinem nordkoreanischen Amtskollegen Pak Ui Joon.
16.10.2008	Untergrundkämpfer besetzen angeblich die Orte Mushutschi und Jandare in Inguschetien und errichten Kontrollpunkte an der Durchgangsstraße. Offizielle Stellen dementieren diese Meldungen. In Nasran schießen Unbekannte auf eine Gruppe von Polizisten. Einer von ihnen wird verwundet.
16.10.2008	Das Regionalgericht von Tschita bestätigt die Entscheidung der ersten Instanz, die den Antrag Michail Chorkowskijs auf Entlassung auf Bewährung abgelehnt hatte.
17.10.2008	Nach Auskunft der russischen Regierungs-Website hat Putins Labradorhündin ein elektronisches Halsband erhalten, mit der ihr Standort über das russische GLONASS-Satelliten-Navigationssystem geortet werden kann. Der Erste Stellvertretende Ministerpräsident Sergej Iwanow bezeichnet das als Demonstration des Entwicklungsstandes von GLONASS (Äquivalent zum amerikanischen GPS). Ende 2008 will Russland 21 GLONASS-Satelliten in der Umlaufbahn haben.
17.10.2008	Finanzminister Alexej Kudrin teilt mit, dass Investoren im August und September 2008 ca. 33 Mrd. US\$ aus dem Land abgezogen haben.
17.10.2008	Im Ort Trojzkaja (Inguschetien) findet eine Spezialoperation der Sicherheitskräfte statt.
17.10.2008	Ioniex-2008, die gemeinsamen Übungen der russischen und italienischen Marine, werden abgeschlossen.
17.10.2008	Das Moskauer Arbitragegericht entscheidet, dass ein großer Teil der Steuerforderungen, mit denen der »British Council« belastet worden ist, nicht zu Recht erhoben worden sind.
17.10.2008	Finanzminister Alexej Kudrin gibt bekannt, dass der Staat 6,7 Mrd. US\$ bereitstellt, um russische Aktien zu kaufen. Diese Maßnahme ergänzt den Betrag von 200 Mrd. US\$ für den Finanzsektor und einen weiteren von 86 Mrd. US\$, mit dem die Banken zahlungsfähig gemacht werden sollen.
18.– 19.10.2008	In Inguschetien kommt es landesweit zu Anschlägen und zu Gefechten zwischen Untergrundkämpfern und Sicherheitskräften. U. a. gerät ein Konvoi der Inneren Truppen in der Nähe des Ortes Alchasti (Inguschetien) in einen Hinterhalt. Die Angaben über Opferzahlen sind widersprüchlich. In Nasran wird eine Autobombe gezündet.
19.10.2008	In Calvia (Mallorca) durchsucht die spanische Polizei das Haus des Duma-Abgeordneten Wladislaw Resnik. Resnik, der aus Petersburg stammt und der Fraktion »Einiges Russland« angehört, ist Vorsitzender des Ausschusses für den Finanzmarkt.
21.10.2008	Alexej Miller, der Vorstandsvorsitzende von Gazprom, der Ölminister des Iran, Gholamhoseyn Nowzari und der Minister für Energie und Industrie von Katar, Abdallah al-Atiyah, vereinbaren, regelmäßige Gespräche über die Zusammenarbeit auf dem Gassektor zu führen.
21.10.2008	Der Stellvertretende Finanzminister Sergej Stortschak, der wegen Veruntreuung in Untersuchungshaft saß, wird ebenso wie seine Mitangeklagten entlassen und erwartet nun den Beginn seines Verfahrens in Freiheit.
21.10.2008	Russland gewährt Belarus eine Stabilisierungsanleihe in Höhe von 2 Mrd. US\$.
21.10.2008	Nikolaj Makarow, der Chef des russischen Generalstabes, und Michael Mullen, der Chairman of the US Joint Chiefs of Staff, treffen in Helsinki zu Gesprächen zusammen.
22.10.2008	Auf der Gründungsversammlung der neuen Fluglinie Awialinii Rossii schließen sich elf kleinere Fluggesellschaften zu einem Unternehmen zusammen. Das Passagieraufkommen der jetzt vereinigten Fluglinien lag mit 11 Mio. Passagieren über dem von Aeroflot (10 Mio.). Die finanzielle Basis ist allerdings schwach.
22.10.2008	Auf der internationalen Geberkonferenz wird Georgien eine Wiederaufbauhilfe in Höhe von 2,8 Mrd. Euro aus öffentlichen Mitteln zugesagt; hinzu kommen 850 Mrd. US\$ aus privaten Quellen.
22.10.2008	Die National Reserve Corporation, an deren Spitze Alexander Lebedew steht, erwirbt die Mehrheit an der Bank »Russian Capital«.

22.10.2008	In dem Dorf Assinowskaja (Tschetschenien) heben Sicherheitskräfte ein Waffenlager der Untergrundkämpfer aus. Eine Person wird verhaftet.
23.10.2008	Ministerpräsident Putin entlässt den Chef der staatlichen Rundfunkgesellschaft »Voice of Russia«, Armen Oganessjan, und ernennt an seiner Stelle Andrej Bystrizkij, den Stellvertretenden Leiter der staatlichen Medienholding WGTRK.
23.10.2008	In Chasawjurt (Dagestan) werden vier Polizisten verletzt, als eine Bombe gezündet wird, die in einem Laternenmast verborgen ist.
23.10.2008	Die Duma verabschiedet in zweiter und dritter Lesung ein Paket von Gesetzesänderungen, die der Regierung erlauben, Mittel in Höhe von 18,5 Mrd. US\$ zur Rettung gefährdeter Banken und zur Stützung des Aktienmarktes einzusetzen.
23.10.2008	Bewaffnete Männer entführen in Ordschonikidsewskaja (Inguschetien) 10 bis 15 Menschen aus einem Spielsalon.
23.10.2008	Im Rayon Urus-Martanowskij (Tschetschenien) wird ein Polizist durch eine Bombe verletzt. Als Sicherheitskräfte zur Unterstützung eintreffen, werden durch eine zweite Sprengladung acht Polizisten verletzt.
24.10.2008	Das Ermittlungsverfahren im Fall Magomed Jewlojew ist abgeschlossen und wird dem Gericht übergeben. Der Betreiber der Internetseite ingushetya.ru war in Polizeigewahrsam durch einen Kopfschuss getötet worden. Die Staatsanwaltschaft erhebt nun gegen einen Sicherheitsbeamten Anklage wegen fahrlässiger Tötung.
24.10.2008	Präsident Dmitrij Medwedjew ernennt etwa zwei Monate nach Anerkennung der Republiken Botschafter für Abchasien (Semen Grigorjew) und Südossetien (Elbrus Kargijew).
25.10.2008	In Nasran wird der Leiter der Abteilung für Raubdelikte Achmed Tarschchojew aus einem fahrenden Auto heraus erschossen.
25.10.2008	In Machatschkala (Dagestan) wird der Leiter der Kriminalmiliz der Gebietsabteilung für innere Angelegenheiten Gasan Kerimow in seinem Wagen erschossen.
26.10.2008	In Nasran (Inguschetien) wird der Wagen von Arsamak Sjasikow, des stellvertretenden Wirtschaftsministers der Republik, in die Luft gesprengt. Er selbst und zwei Mitfahrer werden verletzt.
26.10.2008	An der georgisch-abchasischen Grenze kommt es zu einem Schusswechsel zwischen abchasischem Militär und russischen Polizisten auf der einen und georgischen Schützen auf der anderen Seite.
27.10.2008	Der chinesische Ministerpräsident Wen Jibao folgt der Einladung Wladimir Putins zum 13. regelmäßigen Treffen der Ministerpräsidenten nach Moskau. Tags darauf vereinbaren Russland und China den Bau einer nach China führenden Abzweigung der Pipeline Ostsibirien – Pazifik.
27.10.2008	Auf den ehemaligen Pressesprecher des Innenministeriums der Republik Inguschetien Nasir Jewlojew wird in Ordschonikidsewskaja (Inguschetien) ein Anschlag verübt. Er wird verletzt ins Krankenhaus eingeliefert.
27.10.2008	Die Moskauer Stadtverwaltung verbietet den für den 4.11. (Tag der Einheit des Volkes) geplanten nationalistischen »Russischen Marsch« der »Bewegung gegen illegale Immigration« und der »Slawenunion«.
28.10.2008	Spezialeinheiten töten bei einer Operation in Grosny den lange gesuchten Anführer einer Untergrundgruppe Bislan Bekmursajew und zwei weitere Gruppenmitglieder. Bei einem Gefecht zwischen Freischärlern bei Kadyrkent (Dagestan) werden drei Menschen erschossen.
28.10.2008	Der russische Außenminister Sergej Lawrow teilt auf der Sitzung des ständigen Partnerschaftsrates Russland–EU in St. Petersburg mit, dass Russland und die EU vereinbart haben, ihre inoffiziellen Konsultationen über den Abschluss eines Vertrags über die gesamteuropäische Sicherheit fortzusetzen.
29.10.2008	Die Staatsduma ratifiziert einen Vertrag über die Zusammenarbeit mit Abchasien und Südossetien, in dem Russland den Vertragspartnern wirtschaftliche und militärische Hilfe zusichert und den Bewohnern die Annahme der russischen Staatsbürgerschaft ermöglicht.
30.10.2008	Ministerpräsident Wladimir Putin trifft in Astana seine Amtskollegen auf einer Sitzung des Rates der Regierungschefs der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit.

Die Russland-Analysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2008 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa auf www.laender-analysen.de

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: zweimonatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasi-schen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de